

Die Privatisierung der anderen. Privatisierungskonzepte und -wege in deutsch-tschechischer Perspektive

Nach dem Ende des Staatssozialismus kam es in Ostdeutschland und ganz Ostmitteleuropa zu umfassenden Transformationsprozessen – in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, einschließlich der Privatisierung der Staatsbetriebe, stand in allen Ländern der Region auf der Tagesordnung. Aus deutscher Sicht ist ein Blick in Richtung Ostmitteleuropa – zum Beispiel in die Tschechische Republik¹ – in diesem Zusammenhang sinnvoll und lohnenswert. Denn mittels vergleichender und transnationaler Betrachtungsweisen kann auch die ostdeutsche Geschichte, die bislang häufig als Sonderweg empfunden und dargestellt wird,² in einen größeren Kontext eingeordnet werden.

Die Privatisierungen in Ostdeutschland und in der Tschechischen Republik eignen sich in besonderer Weise für eine grenzüberschreitende

1 Der Beitrag bezieht sich in erster Linie auf den tschechischen Teil der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR) und ab 1993 auf die Tschechische Republik. Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten, ist häufig nur die Rede von »Tschechien« und der »tschechischen« Privatisierung.

2 Diese Tendenz gibt es auch in der auf die DDR bezogenen Literatur. Mit ostmitteleuropäischen bzw. transnationalen Perspektiven für die DDR-Geschichte hat sich erst kürzlich Florian Peters beschäftigt. Vgl. ders.: Am Schnittpunkt von Ost und West, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 332–345. Grundlegend (und mit weiteren Literaturverweisen) zur Debatte um den Stellenwert der DDR-Geschichtsschreibung innerhalb der deutschen und internationalen Zeitgeschichte vgl. Henrik Bispinck u. a.: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 547–570.

Perspektive. Die beiden Länder hatten bis 1989/90 eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie die am weitesten industrialisierten Länder in der Region. Bis Ende der 1980er-Jahre verzeichneten beide, die ČSSR und die DDR, eine höhere Wirtschaftsleistung als die anderen sozialistischen Staaten. Dieser Beitrag beleuchtet die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung der 1990er-Jahre sowohl im Hinblick auf wechselseitige Wahrnehmungen als auch hinsichtlich unterschiedlicher Privatisierungskonzepte und -wege.

Erstens geht es allgemein um die Perzeption der jeweils »anderen« Privatisierung, vor allem aus einer zeitgenössischen Perspektive. Analysiert wird, wie der Privatisierungsprozess im jeweiligen Nachbarland eingeordnet und bewertet wurde – sei es von politischer, wissenschaftlicher oder medialer Seite. Zweitens wird die sogenannte Anteilschein- oder Kuponprivatisierung behandelt, die für Ostdeutschland lediglich diskutiert, in Tschechien aber realisiert wurde.³

1. Wechselseitige Wahrnehmung der ostdeutschen und der tschechischen Privatisierung

Wechselseitige Perspektiven auf die ostdeutsche und tschechische wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen sowie den Privatisierungsprozess im Speziellen finden sich sowohl in der zeitgenössischen Presse⁴ als

3 Im Tschechischen wurden die Anteilscheine als *kupóny* bezeichnet. Angelehnt an diese Bezeichnung ist hier die Rede von »Kupon«, »Kupons«, »Kuponmethode« und »Kuponprivatisierung« (das diakritische Zeichen über dem o wird bei den eingedeutschten Bezeichnungen weggelassen). In der Forschungsliteratur geläufig sind auch die Bezeichnungen »Coupon« und – besonders häufig – »Voucher«.

4 Ein Großteil der hier verwendeten tschechischen Presseartikel stammt aus einem Pressespiegel, der im tschechischen Nationalarchiv im Bestand des Zentrums für Kuponprivatisierung verwahrt wird. In diesem Pressespiegel wurden die Artikel meist ohne die Angabe von Seitenzahlen gesammelt, weshalb diese Angabe häufig auch in diesem Beitrag fehlt. Aufgrund der Nennung der Zeitung, des Artikeltitels sowie des Erscheinungsdatums ist die Herkunft der Informationen dennoch klar nachvollziehbar.

auch in der zeitgenössischen, vornehmlich wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur. Darüber hinaus äußerten sich auch tschechische und deutsche Politikerinnen und Politiker⁵ immer wieder zum Reformprozess im jeweiligen Nachbarland. Zudem stellten sich vor allem tschechische und deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die grundlegende Frage, ob die Transformations- und Privatisierungsprozesse in den beiden Ländern überhaupt miteinander vergleichbar seien. Diese Frage wurde unter Verweis auf die besonderen Ausgangs- und Rahmenbedingungen in Ostdeutschland tendenziell verneint. Die Entwicklungen in den sogenannten neuen Bundesländern seien vor allem durch den Beitritt zur Bundesrepublik und durch die daraus resultierenden institutionellen und finanziellen Auswirkungen geprägt worden.⁶ Dementsprechend wurden die tschechische Transformation und Privatisierung am häufigsten mit den allgemein als »ähnlicher« geltenden Prozessen in Polen und Ungarn verglichen.⁷

Jedoch gab es auch Versuche, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem ostdeutschen und dem tschechischen Fall in wissenschaft-

5 In diesem Beitrag wird die männliche Form verwendet, wenn es sich bei der bezeichneten Gruppe ausschließlich oder beinahe ausschließlich um Männer handelt. Die männliche und die weibliche Form werden verwendet, wenn sowohl Frauen als auch Männer an den beschriebenen Entwicklungen beteiligt waren.

6 Vgl. Richard Frensch: Die Transformation der Wirtschaft der CSFR: Entwicklungen 1991/92, München 1993, S. 12; Mathias Hink: Vergleich der Gesetze zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn und in der Tschechischen Republik, Berlin 1995, S. 124; Ursula Mense-Petermann: Privatisierung und betriebliche Restrukturierung. Drei Fallbeispiele aus Ostdeutschland der Tschechischen Republik und Polen im Vergleich, in: Ilja Srubar (Hg.): Eliten, politische Kultur und Privatisierung in Ostdeutschland, Tschechien und Mittelosteuropa, Konstanz 1998, S. 269–285, hier S. 271; ders.: Vorwort, in: ders. (Hg.): Eliten, politische Kultur und Privatisierung, S. 7–10, hier S. 7.

7 Auf diese Länder fokussierte vergleichende Perspektiven finden sich z. B. in: Dorothee Bohle/Béla Greskovits: Capitalist Diversity on Europe's Periphery, Ithaca 2012; Robert Holman: Transformace české ekonomiky v komparaci s dalšími zeměmi střední Evropy, Prag 2000; Mitchell A. Orenstein: Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe, Ann Arbor 2001; Besnik Pula: Globalization under and after socialism. The evolution of transnational capital in Central and Eastern Europe, Stanford 2018; Libor Židek: From Central Planning to the Market. The Transformation of the Czech Economy, 1989–2004, Budapest/New York 2017.

lichen Diskussionen und Publikationen herauszuarbeiten. Eine Konferenz, auf der deutsch-tschechische Perspektiven eingenommen wurden, fand beispielsweise im Oktober 1996 unter dem Titel »Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive« an der Berliner Humboldt-Universität statt.⁸ Laut dem Tagungsbericht einer tschechischen Soziologin lag der Schwerpunkt der Referate und der anschließenden Diskussionen zwar auf dem ostdeutschen Fall; sie war aber überzeugt, dass vergleichende Perspektiven auf Ostdeutschland und die Tschechische Republik ebenso ertrag- und lehrreich sein könnten.⁹

Derartige (ost-)deutsch-tschechische Betrachtungen stimmten darin überein, dass in beiden Ländern ein hohes Privatisierungstempo angeschlagen worden sei. Daher habe man in beiden Ländern einen schnellen Abschluss der Privatisierung erreicht, zumindest im Vergleich mit anderen ostmitteleuropäischen Staaten. Gleichzeitig kamen deutsche und tschechische Beobachter zu dem Schluss, dass im Verlauf der 1990er-Jahre sowohl in Ostdeutschland als auch in Tschechien immer größere wirtschaftliche Probleme aufgetreten seien, was zum Teil auf Mängel und Lücken im Privatisierungsprozess zurückgeführt wurde.¹⁰ Mit Blick auf die Privatisierungsmethoden wurden vor allem die Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Tschechien hervorgehoben. So seien ostdeutsche Betriebe meist direkt an Investoren verkauft worden, während in

8 Die Ergebnisse finden sich in Jan Wielgoths/Helmut Wiesenthal (Hg.): Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive, Berlin 1997.

9 Vgl. Zdenka Mansfeldová: Einheit und Differenz, in: Sociologický časopis 32 (1996), S. 507 f.

10 Vgl. Hink: Vergleich der Gesetze (wie Anm. 6), S. 94; Jiří Kosta: Transformace východoněmecké ekonomiky, in: Lidové noviny vom 2.2.1994, S. 6; Rudolf Kučera: Česko-německé paralely, in: Střední Evropa 13 (1997) 72/73, S. 5–9, hier S. 5; Meinhard Miegel u. a.: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Produktivitätswachstum im Zuge des marktwirtschaftlichen Umbaus in Ostdeutschland und in der Tschechischen Republik, Leipzig 1997, S. 150.

Tschechien neben Direktverkäufen auch die Kuponmethode¹¹ einen wichtigen Stellenwert eingenommen habe.¹²

Von der (Nicht-)Vergleichbarkeit bzw. Unterschiedlichkeit der Entwicklungen in Ostdeutschland und Tschechien war auch die Rede in der Politik. Der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf verwies beispielsweise darauf, dass sich Ostdeutschland und seine Nachbarländer »in einem tiefgreifenden Transformationsprozeß [befinden], der allerdings sowohl in seinem Umfang als auch im Verlauf große Unterschiede« aufweise, was er vor allem auf die besonderen (ost-)deutschen Ausgangs- und Rahmenbedingungen zurückführte.¹³ Nichtsdestotrotz vertraten deutsche Behörden bereits in den frühen 1990er-Jahren die Auffassung, dass ihre eigenen Privatisierungserfahrungen grundsätzlich auch in anderen Ländern der Region anwendbar seien. Versuche, diese Erfahrungen in Richtung Osten weiterzugeben, starteten unter anderem die Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft sowie eine Reihe übergeordneter Behörden wie das Bundesministerium für Wirtschaft und das Auswärtige Amt. Das tschechische Interesse, deutsche Beratungshilfe in Anspruch zu nehmen, war jedoch gering, vor allem auch im Vergleich zu anderen ostmittel- und osteuropäischen Staaten.¹⁴

11 Auf die Kuponmethode wird in Abschnitt 2 (»Kupons – eine Idee und ihre Verwirklichung«) genauer eingegangen.

12 Vgl. Hink: Vergleich der Gesetze (wie Anm. 6), S. 94f.

13 Kurt Biedenkopf: Die politischen und ökonomischen Herausforderungen der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit Polens, der Tschechischen Republik und Deutschlands, in: Meinhard Miegel u. a. (Hg.): Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der grenznahen Regionen Polens, der Tschechischen Republik und Deutschlands, Leipzig 1994, S. 12–23, hier S. 12.

14 Vgl. zur deutschen Beratungshilfe in Ost(mittel)europa im Allgemeinen und in Tschechien im Speziellen Eva Schäffler: Zwischen Staat und Privat: Die Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft, in: Deutschland Archiv, 17.2.2020, www.bpb.de/305396 (Zugriff am 10.3.2022); Eva Schäffler: From »Well-Understood Self-Interest« to Conflicts of Competence: German Consulting Assistance in Central Eastern Europe, in: Ostap Kushnir/Oleksandr Pankiev (Hg.): Meandering in Transition. Thirty Years of Reforms and Identity in Post-Communist Europe, Lanham 2021, S. 207–227; Eva Schäffler: Transformation as transnational process: German-Czech economic relations after 1989, in: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe 30 (2022) 1, <https://doi.org/10.1080/25739638.2022.2044619> (Zugriff am 10.3.2022).

Vielmehr kritisierte Václav Klaus, der den tschechischen Privatisierungsprozess erst als tschechoslowakischer Finanzminister und später als tschechischer Ministerpräsident maßgeblich prägte,¹⁵ immer wieder die deutsche Privatisierungspolitik. Klaus hielt den westdeutschen Einfluss auf die ostdeutsche Transformation für zu groß und monierte auch die staatlichen Finanztransfers von den alten in die sogenannten neuen Bundesländer.¹⁶ In einer Rede anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises in Bonn im Mai 1993 führte er beispielsweise aus:

»Ich kann mir schwer vorstellen, wie sich Erhard heute zur Vereinigung Deutschlands und zur Transformation der östlichen Bundesländer stellen würde. [...]. Er würde von den ungünstigen Nebenwirkungen umfangreicher Finanztransfers sowohl auf den Gebenden als auch auf den Nehmenden warnen, er würde außerdem die lähmenden Folgen der von Außenstehenden organisierten Transformation der Gesellschaft registrieren und daran erinnern, daß der höchste Wert nicht die schnelle nationale Einheit ist, sondern sich frei entscheidende und frei wirtschaftende Individuen.«¹⁷

Kritische Perspektiven auf Ostdeutschland finden sich auch bei tschechischen Wissenschaftlern und insbesondere in der tschechischen Presse. Bei einem Vergleich der Entwicklungen in Tschechien und in Ostdeutschland wurde der ostdeutsche Fall meist als negatives Beispiel bezeichnet. So wurde tschechischen Beobachtern zufolge bereits vor der deutschen Einheit aus politischen Gründen die Währungsunion eingeführt. In der Folge hätten sich negative wirtschaftliche Konsequenzen eingestellt, ins-

15 Dabei verfolgten Klaus und seine Mitstreiter einen nach außen hin dezidiert marktliberalen Reformkurs. Klaus beschwor unter anderem einen »Markt ohne Adjektive« (»trh bez adjektiv«). Vgl. Václav Klaus: Snahy o hledání třetí cesty nekončí, in: Lidové noviny vom 7.3.1994, S. 1 u. 3. Von zeitgenössischen Beobachtern und auch in der Forschungsliteratur wurde und wird aber auf eine deutliche Lücke zwischen Klaus' Reformrhetorik und Reformpolitik hingewiesen (für Literaturverweise vgl. Anm. 36).

16 Vgl. Václav Klaus: Renaissance. The Rebirth of Liberty in the Heart of Europe, Washington D. C. 1997, S. 69 u. 72.

17 Václav Klaus: Die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik, in: ders.: Tschechische Transformation und europäische Integration. Gemeinsamkeiten von Visionen und Strategien, Passau 1995, S. 47–61, hier S. 51.

besondere der sich für die ostdeutschen Betriebe plötzlich ergebende Wettbewerbsdruck sowie der Verlust ihrer bisherigen Absatzmärkte. Anders sei die Entwicklung in Tschechien verlaufen: Durch eine drastische Abwertung der Krone habe man die Wettbewerbsfähigkeit und das Fortbestehen der Betriebe besser als in Ostdeutschland absichern können.¹⁸

Weitere (Negativ-)Merkmale, die dem ostdeutschen Transformations- und Privatisierungsprozess von tschechischen Beobachtern zugeschrieben wurden, waren sein hohes Tempo und sein (zu) marktliberaler Charakter. In Kombination mit den spezifischen Ausgangs- und Rahmenbedingungen habe sich in Ostdeutschland ein wirtschaftlicher Aufwärtstrend zwar schneller eingestellt als in Tschechien, jedoch habe sich das Vorgehen in sozialer Hinsicht sehr negativ ausgewirkt. Obwohl versucht worden sei, sozialen Missständen durch massive staatliche Transfers entgegenzuwirken, sei dies nur in einem sehr begrenzten Ausmaß gelungen. Zudem hätten die Ausgleichszahlungen nur durch die Aufnahme von Schulden finanziert werden können.¹⁹ Zur Bezifferung der sozialen Kosten wurden auf tschechischer Seite insbesondere die ostdeutschen Arbeitslosenzahlen herangezogen.²⁰ Die Arbeitslosenquote betrug hier 1991 10,3 Prozent und 1999 18,7 Prozent.²¹ Mit 1,1 Prozent im Jahr 1991 und 8,7 Prozent im Jahr 1999 war dieser Wert in Tschechien deutlich niedriger.²²

18 Vgl. z. B. Kosta: Transformace východoněmecké ekonomiky (wie Anm. 10), S. 6; Rudolf Kučera: Česko-německé paralely, in: Střední Evropa 13 (1997) 72/73, S. 5–9, hier S. 8f.; Václav Žák: Privatizace po německu, in: Hospodářské noviny vom 11.5.1993, S. 18.

19 Vgl. ebd.; Tři roky znovusjednocení země, in: Lidové noviny (příloha: Finanční noviny) vom 13.10.1993, S. 5.

20 Beispielsweise in Emílie Harantová: Dlužníci a úplatkové aféry doprovázejí privatizaci také ve východním Německu, in: Mladá Fronta Dnes vom 14.8.1993, S. 9.

21 Vgl. Bundesagentur für Arbeit (Statistik): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale). Deutschland, Ost, West, Nürnberg 2022.

22 Vgl. Jan Švejnar/Katherine Terrellová/Daniel Münich: Nezaměstnanost v české a slovenské republice, in: Jan Švejnar u. a. (Hg.): Česká Republika a ekonomická transformace ve střední a východní Evropě, Prag 1997, S. 237–266, hier S. 237; Český statistický úřad. Základní charakteristiky ekonomického postavení obyvatelstva ve věku 15 a více let (Zaměstnanost, nezaměstnanost), https://vdb.czso.cz/vdbvo2/faces/index.jspx?_af=vystup-objekt&f=TABULKA&z=T&skupId=426&katalog=30853&pvo=ZAM01-A&pvo=ZAM01-A&str=v178&c=v3~8__RP1999 (Zugriff am 10.3.2022).

Aber auch andere wirtschaftliche Kennziffern wie das Lohnniveau und das Bruttoinlandsprodukt wurden von tschechischen Beobachtern angeführt, um auf Probleme bei der wirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland hinzuweisen. Im März 1994 berichteten beispielsweise die auf Wirtschaftsthemen spezialisierten *Hospodářské noviny*, dass das Durchschnittsgehalt in den ostdeutschen Bundesländern 1992 etwa 58 Prozent des Durchschnittsgehalts in den westdeutschen Bundesländern betragen habe. 1993 sei dieser Wert dann auf knapp 66 Prozent gestiegen.²³ Gut ein Jahr später verwiesen die *Hospodářské noviny* darauf, dass man 1995 mit einem Wachstum des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 8,5 Prozent rechne. Trotz dieser positiven Tendenz liege das BIP pro Kopf in Ostdeutschland aber nur bei gut der Hälfte des westdeutschen Werts.²⁴

In der tschechischen Presse wurden außerdem die sich aus diesem wirtschaftlichen Gefälle ergebenden gesellschaftlichen Spaltungen sowie Fehleinschätzungen und kriminelle Verhaltensweisen aufseiten der Treuhandanstalt häufig angesprochen.²⁵ Oft habe man Betriebe einfach »loswerden« wollen und deshalb sehr geringe Preise akzeptiert und auch die Käufer nicht ausreichend durchleuchtet.²⁶ Darüber hinaus berichteten tschechische Zeitungen, dass die Treuhand für große Industriebetriebe in zahlreichen Fällen nicht in der Lage gewesen sei, Käufer zu finden. Viele ostdeutsche Unternehmen seien weiterhin kaum konkurrenzfähig und wiesen eine zu geringe Arbeitsproduktivität auf.²⁷

23 Vgl. Olivie Miškovská: Méně peněz – více pracovních míst, in: *Hospodářské noviny* vom 18.3.1994, S. 21.

24 Vgl. Petr Němec: Nové spolkové země dohánějí ztráty, in: *Hospodářské noviny* vom 21.6.1995, S. 21.

25 Vgl. z. B.: Tři roky (wie Anm. 19), S. 5; Harantová: Dlužníci a úplatkové aféry (wie Anm. 20), S. 9; Ve východním Německu před cílem, in: *Hospodářské noviny* vom 29.3.1994, S. 16; Radim Klekner: Šest tisíc bankrotů v bývalé NDR, in: *Lidové noviny* vom 18.7.1996, S. 6; Vladimír Pick: Na půl cesty za západním Německem, in: *Hospodářské noviny* vom 1.10.1997, S. 12.

26 Vgl. Harantová: Dlužníci a úplatkové aféry (wie Anm. 20), S. 9.

27 Vgl. František Šulc: Pouze privatizace řešením, in: *Hospodářské noviny* vom 16.2.1993, S. 30.

Je weiter die 1990er-Jahre voranschritten, desto häufiger wurden vor allem die sozialen Spannungen in der Bundesrepublik thematisiert. So berichteten die *Hospodářské noviny* im Herbst 1994 über einen »Bruderzwist« im Nachbarland: Ein in Westdeutschland weitverbreiteter Vorwurf laute, dass die westdeutschen Bundesländer für den Aufschwung in den ostdeutschen Bundesländern bezahlt und sich dadurch selbst wirtschaftliche Probleme eingehandelt hätten. Von ostdeutscher Seite werde wiederum der Vorwurf erhoben, die ostdeutschen Bundesländer seien im Zuge des Privatisierungsprozesses von den westdeutschen Bundesländern übernommen worden.²⁸ Auch im Herbst 1997 interessierten sich die *Hospodářské noviny* noch für den deutsch-deutschen Konflikt. Unter der Überschrift »Die ›Mauer in den Köpfen‹ steht bei vielen weiter« berichtete das Blatt, dass nicht nur massive wirtschaftliche Unterschiede existierten, sondern dass auch mentale Unterschiede zwischen »Ossis« und »Wessis« noch deutlich spürbar seien.²⁹

Insgesamt war die tschechische Berichterstattung von einem sachlichen Interesse an den Entwicklungen im Nachbarland geprägt. Der Blick in Richtung Ostdeutschland diente darüber hinaus der Kontextualisierung des eigenen Privatisierungsprozesses. Dabei ging es vor allem darum, auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Prozessen hinzuweisen und so zumindest indirekt auch eine Bewertung der tschechischen Privatisierungspolitik vorzunehmen. Durch Berichte über Fehlentwicklungen und missbräuchliche Verhaltensweisen in Ostdeutschland wurden die Probleme, mit denen man selbst zu kämpfen hatte, in einen größeren Zusammenhang eingeordnet und in gewisser Hinsicht auch relativiert.

Betont wurden außerdem die sozioökonomischen Probleme, insbesondere die Arbeitslosenzahlen, sowie die in Deutschland im Zuge des Privatisierungsprozesses entstandene gesellschaftliche Spaltung. Da solche Phänomene in Tschechien zumindest oberflächlich betrachtet in

28 Vgl. Olivie Miškovská: Komu vlastně patří východní Německo?, in: *Hospodářské noviny* vom 6.9.1994, S. 20.

29 Petr Němec: Zdi v hlavách mnohých stále stojí, in: *Hospodářské noviny* vom 3.10.1997, S. 15.

einem viel geringeren Ausmaß auftraten, war dies eine Gelegenheit, die eigene Privatisierungsstrategie in ein positives Licht zu rücken. Gerade der Vergleich zu Ostdeutschland eignete sich für eine positive Abgrenzung. Immer wieder wurde (zumindest indirekt) betont, dass Tschechien die Privatisierung gleich gut oder sogar besser bewältigte, obwohl man hier nicht auf die politische oder finanzielle Unterstützung eines »großen (westdeutschen) Bruders« zählen könne.

Deutlich andere Untertöne lassen sich aus der westdeutschen³⁰ Berichterstattung herauslesen. Zwar gab es auch hier ein sachliches Interesse an der Privatisierungspolitik im Nachbarland und zum Teil wurden auch Vergleiche zum Vorgehen in Ostdeutschland gezogen, jedoch schien das Ziel einer positiven Abgrenzung kaum eine Rolle zu spielen. Eine Bewertung der Vorgänge im Nachbarland nahm man dennoch vor: In den frühen 1990er-Jahren wurde Tschechien noch für seine gute wirtschaftliche Lage und seine gelungene Privatisierungspolitik gelobt, ehe dann in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts vermehrt negative Entwicklungen unter die Lupe genommen wurden – wobei Bezugnahmen zum eigenen Vorgehen und vor allem zu den eigenen Defiziten und Fehlern in Ostdeutschland meist fehlten. Über den gesamten Zeitraum hinweg lässt sich immer wieder auch ein (leicht) bevormundender oder despektierlicher Ton in den deutschen Presseartikeln ausmachen.

Konkret interessierten sich die deutschen Blätter in den frühen 1990er-Jahren vor allem für die Frage, mit welchen Voraussetzungen Tschechien in den Reformprozess ging und inwieweit die geplanten und bereits vorgenommenen Schritte denen in Ostdeutschland ähnelten. Im April 1990 berichtete beispielsweise die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass die Situation in der Tschechoslowakei »von deutschen Beobachtern«

30 Da in diesem Abschnitt Artikel aus überregional erscheinenden Blättern als Beispiele herangezogen werden, ist die hier vertretene Perspektive in der Regel westdeutsch dominiert.

gemeinhin als gut eingeschätzt werde. Es sei die Rede von einem »ausgesprochen günstig[en]« Investitionsklima, und die Lage in Industrie und Infrastruktur werde als besser als in der DDR eingestuft.³¹ Ebenfalls im April 1990 bescheinigte der *Rheinische Merkur* der Tschechoslowakei gute Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Reformprozess – vor allem auch im Vergleich zur Situation in anderen Ländern der Region. Das Land verfüge unter anderem über stabile Finanzen und einen gut ausgebauten industriellen Sektor. Hinzukomme, dass die Bevölkerung gegenüber Reformen aufgeschlossen sei und die Regierung sich darum bemühe, diese Reformen auch tatsächlich schnell und umfassend einzuleiten.³²

Im Juni 1994 bezeichnete *Der Spiegel* Tschechien gar als »Klassenprimus« unter den Reformstaaten. Als besonders positiv wurden die geringe Arbeitslosenquote sowie das währungspolitische Vorgehen des Landes gewertet. Durch einen strikten Sparkurs sei die Krone zur »härtesten Währung Ostmitteleuropas« geworden. Außerdem habe das Land schon zum Ende des Staatssozialismus über gute Ausgangsbedingungen verfügt, insbesondere aufgrund seiner geringen Auslandsverschuldung.³³ Auch im weiteren Verlauf der 1990er-Jahre wurden die frühen Reformjahre in der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik in der Rück-

31 Thomas Knipp: In Prag streitet die Regierung über den Weg zur Marktwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.4.1990, S. 19.

32 Vgl. Hans Martin Kölle: Sieg nach Punkten in der letzten Runde, in: Rheinischer Merkur vom 27.4.1990, S. 16.

33 Das Netz, in: *Der Spiegel* vom 24.7.1994, S. 130 f., hier S. 130. Bis zum Ende des Jahres 1989 hatte die Tschechoslowakei Verbindlichkeiten in Höhe von 5,8 Milliarden US-Dollar (= 400 US-Dollar pro Kopf) gegenüber anderen Ländern angehäuft, während sich dieser Wert beispielsweise in Ungarn auf 19,5 Milliarden US-Dollar (= 1800 US-Dollar pro Kopf) und in Polen auf 36,5 Milliarden US-Dollar (= 900 US-Dollar pro Kopf) belief. Auch in den 1990er-Jahren blieb die Auslandsverschuldung Tschechiens vergleichsweise gering. Vgl. David Begg: Economic Reform in Czechoslovakia. Should We Believe in Santa Klaus?, in: *Economic Policy* 6 (1991) 13, S. 243–286, hier S. 248; Statistische Daten auf der Website des tschechischen Finanzministeriums, <https://www.mfcr.cz/cs/verejny-sektor/rizeni-statniho-dluhu/statistiky/struktura-avyvoj-statniho-dluhu/> (Zugriff am 11.3.2022).

schau positiv bewertet.³⁴ Mit Blick auf das aktuelle Transformations- und Privatisierungsgeschehen erkannte man jedoch immer mehr Probleme und Konflikte.

Bereits im November 1994 bezog sich die *Süddeutsche Zeitung* auf aktuelle Meinungsumfragen, bei denen sich mehr als die Hälfte der Tschechinnen und Tschechen kritisch zur Privatisierung geäußert hatten. Besonders weitverbreitet, so der Artikel weiter, sei die Auffassung, der Privatisierungsprozess führe vor allem dazu, dass Reiche noch reicher würden.³⁵ Im Juni 1996 identifizierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dann eine deutliche Lücke zwischen Reformrhetorik und -politik.³⁶ Das »ständig heruntergebetete Glaubensbekenntnis zur völlig freien ›Marktwirtschaft ohne Adjektive‹³⁷« habe »zwar manchen Wirtschaftsprofessor im Westen in schiere Ekstase versetzt«, in Wirklichkeit seien die Maßnahmen aber weitaus weniger radikal gewesen – vor allem auch, um sich die Wählerschaft gewogen zu halten.³⁸

Ein klar negatives Bild zeichnete die deutsche Presse dann spätestens im Jahr 1997.³⁹ So erläuterte beispielsweise *Der Spiegel*, dass die Tschechische Republik aktuell ein deutliches Leistungsbilanzdefizit verzeichne, welches man mittels verschiedener Reformen in den Griff zu bekommen

34 Vgl. Berthold Kohler: Ohne Risiko nach Westen. Das Geheimnis des Erfolgs von Václav Klaus, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Beilage Bilder und Zeiten) vom 1.6.1996, S. 1; H. P. Martin: Wir leben im Wilden Osten, in: *Der Spiegel* vom 4.5.1997, S. 162–164; Berthold Kohler: Auch seine schwerste Stunde erlebt Klaus in Prag erhobenen Hauptes, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1.12.1997, S. 3; Erich Wiedemann: Tschechien. Vom Primus zum Klassenletzten, in: *Der Spiegel* vom 12.4.1998, S. 125.

35 Vgl. Michael Frank: Privatisierer privatisiert privat, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.11.1994, S. 12.

36 Diese Lücke wird auch in der Forschungsliteratur ausführlich behandelt. Vgl. Bohle/Greskovits: *Capitalist Diversity* (wie Anm. 7), S. 61 f.; Orenstein: *Out of the Red* (wie Anm. 7), S. 62 f. u. 71 f.; Židek: *From Central Planning to the Market* (wie Anm. 7), S. 59.

37 Vgl. Anmerkung 15.

38 Kohler: Ohne Risiko nach Westen (wie Anm. 34), S. 1.

39 Vgl. z. B. Martin: Wir leben im Wilden Osten (wie Anm. 34); Kohler: Auch seine schwerste Stunde (wie Anm. 34), S. 3; Michael Frank: Der frühe Traum vom Tiger, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2.12.1997, S. 25.

versuche. Darüber hinaus seien einige Skandale ans Licht gekommen, in die auch hochrangige Politiker verwickelt seien. Auch die Investitionsprivatisierungsfonds (IPF)⁴⁰ ordnete die deutsche Zeitschrift als schwierige Akteure ein. Negativ, so *Der Spiegel* weiter, wirke sich auch die Ver- bzw. Überschuldung vieler Betriebe aus: Viele hätten Kredite aufgenommen, deren Rückzahlung aber in Zukunft kaum möglich sein werde. Dies belastete wiederum die Banken, hinter denen aber vielfach noch der Staat als Eigentümer stehe.⁴¹ Im April 1998 hatte *Der Spiegel* weiterhin nichts Positives über die Entwicklungen im Nachbarland zu berichten. Der mittlerweile zurückgetretene »Thatcherist Václav Klaus« habe »sein eigenes Wirtschaftswunder auf Grund gesetzt« und das Land habe sich »vom Primus zum Klassenletzten« entwickelt.⁴²

2. Ostdeutsche Anteilscheine und tschechische Kupons⁴³

Die Idee, Kuponverfahren für die Umwandlung von Staats- in Privateigentum heranzuziehen, wurde weder in Tschechien noch in Deutschland »erfunden«. Bereits in den 1970er-Jahren waren in British Columbia (Kanada) mehrere Forste und Erdgasunternehmen auf diese Weise privatisiert worden. Die Staatsbetriebe wurden 1975 in einer großen Holding – der British Columbia Resources Investment Corporation (BCRIC) – zusammengefasst. 1979 begann man, diese Holding unter der Bevölkerung von British Columbia aufzuteilen. Jeder Bürger und jede Bürgerin er-

40 Zu den IPF vgl. ausführlicher Abschnitt 2 (»Vom Konzept in die Praxis«).

41 Vgl. Martin: Wir leben im Wilden Osten (wie Anm. 34). Vgl. zur Kreditvergabe- politik im Zusammenhang mit der Privatisierung Eva Schäffler: Transformation als Aushandlungsprozess. Die Entstehung eines Konkursgesetzes in der Tschechischen Republik der 1990er Jahre, in: Rechtskultur. Zeitschrift für europäische Rechtsgeschichte 7 (2018), S. 32–47.

42 Wiedemann: Tschechien. Vom Primus zum Klassenletzten (wie Anm. 34), S. 125.

43 Teile dieses Abschnitts, insbesondere die Passagen zur tschechischen Kuponprivatisierung, basieren auf einer ausführlicheren Studie der Autorin, die voraussichtlich 2023 im Ch. Links Verlag erscheinen wird.

hielt auf Antrag kostenfrei fünf Anteile der BCRIC. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, bis zu 5000 Anteile zum Preis von je sechs kanadischen Dollar zu erwerben. Letztlich wurden über zwei Millionen Personen zu Anteilseignern (circa 86 Prozent der Bevölkerung) und 170 000 Personen kauften zusätzliche Anteile. Dabei wurde ein Erlös von 487,5 Millionen kanadischen Dollar erzielt.⁴⁴

Nach dem Ende des Staatssozialismus wurde über die Möglichkeit, große Teile des Staatseigentums mit einer solchen Vouchermethode zu privatisieren, nicht nur in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei nachgedacht. In Polen hatten die Ökonomen Janusz Lewandowski und Jan Szomburg bereits im November 1988 vorgeschlagen, Unternehmensanteile in Form von Vouchers an die Bevölkerung zu verteilen. Der Vorschlag wurde aber nie in die Praxis umgesetzt.⁴⁵ Auch in Ungarn gab es Diskussionen über Beteiligungsverfahren mittels Anteilscheinen, die jedoch im Privatisierungsprozess keine Relevanz erhielten.⁴⁶ In anderen postsozialistischen Transformationsstaaten spielten Voucherverfahren hingegen eine zentrale Rolle. Länder, in denen sie als primäre Privatisierungsmethode eingesetzt wurden, waren laut einer Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) neben Tschechien auch Bosnien und Herzegowina, Litauen, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kirgistan, Moldau und Russland.⁴⁷

44 Vgl. Robert W. Poole: Privatization for Economic Development, in: Terry Lee Anderson/Peter J. Hill (Hg.): The Privatization Process. A Worldwide Perspective, Lanham 1996, S. 1–18, hier S. 10.

45 Vgl. Václav Rameš: Trh bez přívlastků, nebo ekonomickou demokracií? Spory o podobu vlastnické transformace v porevolučním Československu, Prag 2021, S. 234; Dušan Tříška: Ekonomie jako osud, Prag 2016, S. 58 f.

46 Vgl. Martin Myant u. a.: Successful Transformations? The Creation of Market Economies in Eastern Germany and the Czech Republic, Cheltenham/Brookfield 1996, S. 143; Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 234.

47 Als Länder, in denen Vouchers als sekundäre Privatisierungsmethode eine Rolle spielten, führte die Studie Albanien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Lettland, die Slowakei, Slowenien, Belarus, Kasachstan sowie Tadschikistan an (European Bank for Reconstruction and Development: Transition report 1999. Ten years of transition, London 1999, S. 32).

Anteilscheine – eine Idee ohne Verwirklichung

In Deutschland kam die Idee einer Privatisierung mittels Anteilscheinen nach dem Mauerfall bei mehreren ost- und westdeutschen Akteuren auf. Der wichtigste Vertreter und politische Verfechter der Idee war Wolfgang Ullmann, ein ostdeutscher Theologe und Gründungsmitglied der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Gemeinsam mit anderen Intellektuellen und Bürgerrechtlern wie dem Ingenieur Matthias Artzt und dem Physiker Gerd Gebhardt machte er sich ab Mitte 1989 über einen möglicherweise bevorstehenden Umsturz des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR Gedanken. Ausgehend von diesen Überlegungen entstand Anfang Dezember 1989 die Freie Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation (wenig später umbenannt in Freies Forschungskollegium »Selbstorganisation« für Wissenskatalyse an Knotenpunkten), zu deren Vertreter am Runden Tisch Ullmann bestellt wurde.⁴⁸

Im Januar 1990 veröffentlichten Artzt, Gebhardt sowie vier weitere Autoren den Aufsatz »Zukunft durch Selbstorganisation. Erneuerung der DDR: Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation in Subjektpluralität (Thesen)« in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*.⁴⁹ Ihre Äußerungen waren zwar zu diesem Zeitpunkt noch eher »vorsichtig und wissenschaftlich verklausuliert«, jedoch ging aus dem Papier hervor, dass seine Verfasser für die Einführung von »Privateigentum mit sozialer Bindung und Marktwirtschaft« plädierten und außerdem das Volkseigentum direkt den Bürgerinnen und Bürgern übergeben wollten.⁵⁰

48 Vgl. Wolfram Fischer/Harm Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt, in: Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hg.): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin 1993, S. 17–40, hier S. 18f.; Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 64.

49 Matthias Artzt u. a.: Zukunft durch Selbstorganisation. Erneuerung der DDR: Aus der Erstarrung verwalteter Objekte im Subjektmonopolismus zur Selbstorganisation in Subjektpluralität (Thesen), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 38 (1990), S. 422–435.

50 Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 18.

Reformüberlegungen gab es Ende des Jahres 1989 auch in der Regierung Modrow. Während der Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften Wolfgang Heinrichs und der Ökonom Wolfram Krause von der Berliner SED-Bezirksleitung bereits vor dem Mauerfall für die Einführung eines Marktmechanismus plädiert hatten,⁵¹ gingen dem neuen Regierungschef Modrow solche Reformvorschläge zu weit. Modrow war sich zwar der dringenden Notwendigkeit von Reformen bewusst, war aber noch auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen Plan- und Marktwirtschaft. Jedoch war er nicht überzeugt, dass die Staatliche Planungskommission diesen Weg finden würde, weshalb er Christa Luft, bisher Rektorin der Hochschule für Ökonomie, mit dieser Aufgabe betraute. Luft gründete am 8./9. November 1989 die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR und berief als deren Leiter den bereits erwähnten Wolfram Krause.⁵²

Eine Reformidee, die Modrow im Dezember 1989 selbst ins Gespräch brachte, war die Einführung von Belegschaftsaktien – quasi eine begrenzte Form der Anteilscheinprivatisierung. Er hielt diese für geeignet, um künftig das Interesse der Werktätigen an der Entwicklung ihrer Betriebe zu steigern.⁵³ Weiter gingen die Vorschläge einer in der Ost-Berliner SPD im Januar 1990 gegründeten Fachgruppe. Sie plädierte für die Aufteilung des Volksvermögens in mehrere regionale Holdings, die wiederum von einer zentralen »Treuhandbank« verwaltet werden sollten. Mit einer ähnlichen Idee hatten sich zwei Vertreter der bundesdeutschen SPD bereits im Dezember 1989 zu Wort gemeldet. Im Rahmen einiger »Vorschläge für die deutsch-deutsche Wirtschaftskooperation« formulierten sie für die DDR das »Ziel einer breiten Streuung des Produktionsvermögens in Arbeitnehmerhand«. Ebenso regten sie die Gründung von Holding-

51 Vgl. Wolfgang Heinrichs/Wolfram Krause: Wirtschaftsreform – Element der Erneuerung des Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 3.11.1989, S. 4.

52 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 20–22.

53 Vgl. Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 137; Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, S. 105.

Gesellschaften an, deren Aktien zur Hälfte direkt an die DDR-Bürgerinnen und -Bürger verteilt werden sollten.⁵⁴

Ende Januar 1990 legte dann der bundesdeutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Sondergutachten zu möglichen Wirtschaftsreformen in der DDR vor. Er empfahl, die bestehenden Kombinate in kleinere Einheiten aufzuspalten und anschließend zu privatisieren. Als mögliche Privatisierungsverfahren wurden die Ausgabe von Belegschaftsaktien oder der allgemeine Verkauf von Aktien zu einem vergünstigten Preis angeführt. Ein klarer Verfechter der Anteilscheinidee war außerdem der westdeutsche Unternehmer Albrecht Graf Matuschka, der Ende Februar 1990 forderte, »einen verbrieften Anteil am bisher ›zwangsgesparten‹ Volkseigentum in Form einer Sammelurkunde an alle Bürger der DDR sowie möglicherweise auch an zurückkehrende Übersiedler auszugeben«. Im April 1990 präziserte Matuschka sein Modell weiter: 40 Prozent des Kapitals der volkseigenen Betriebe sollten über Anteilscheine an die Bevölkerung übertragen werden, neun Prozent sollten die Belegschaften erhalten und 51 Prozent an Investoren verkauft werden.⁵⁵

Matuschka stand auch im direkten Kontakt zu einzelnen Vertretern des Freien Forschungskollegiums, vor allem zu Wolfgang Ullmann und Matthias Artzt.⁵⁶ Ihr Vorschlag für die Privatisierung lautete, das Volkvermögen zuerst einer treuhänderischen Institution zu übertragen, um es so vor Zugriffen Unberechtigter zu schützen – gemeint waren damit sowohl Altkader der DDR als auch ausländische Investoren.⁵⁷ Anschließend sollte ein Viertel des Vermögens mittels kostenfreier Anteilscheine – ihren

54 Zit. nach Marc Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt am Main 1994, S. 85 f.

55 Zit. nach ebd., S. 90–92.

56 Weitere Berater aus dem Ausland, mit denen das Forschungskollegium in Kontakt stand, waren: Vertreter der Financial Times, die japanischen Finanzunternehmen Marubeni und Nomura sowie der Lutherische Weltbund. Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 19; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 76 f., Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 121.

57 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 27; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 72.

Gegenwert veranschlagte das Forschungskollegium bei etwa 25 000 DM – den Bürgerinnen und Bürgern der DDR übereignet werden. Ein weiteres Viertel sollte im staatlichen Eigentum bleiben, ein Viertel als Entschädigung für widerrechtlich in Volkseigentum überführtes Eigentum verwendet und ein Viertel in kulturellen, sozialen und ökologischen Stiftungen zusammengefasst werden.⁵⁸

Weiterhin aktiv war auch die von Christa Luft geleitete Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR. Die Arbeitsgruppe plädierte ebenfalls für die Gründung einer treuhänderischen Institution zur Verwaltung des Volksvermögens möglichst noch vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Mittlerweile war der Regierung Modrow klar geworden, dass sie nach diesen Wahlen abgelöst werden würde und dass die politische Entwicklung auf eine Wiedervereinigung zulief.⁵⁹ Tatsächlich wurden in den wenigen bis zur Wahl verbleibenden Wochen noch entscheidende, die künftige Eigentumsordnung zumindest zum Teil betreffende Reformschritte in die Wege geleitet. Hierbei spielten auch Ullmann, der mit der Bildung der Regierung der Nationalen Verantwortung am 5. Februar 1990 zum Minister ohne Ressort aufgestiegen war, sowie das Freie Forschungskollegium eine wichtige Rolle.⁶⁰

Am 12. Februar 1990 unterbreitete Ullmann am Runden Tisch einen »Vorschlag zur umgehenden Bildung einer ›Treuhändergesellschaft‹ (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am ›Volkseigentum‹ der DDR«. Der Vorschlag wurde an die Arbeitsgruppen Wirtschaft, Recht und Verfassung sowie an den Ministerpräsidenten Modrow weitergeleitet. Schon in diesem frühen Stadium fand das Vorhaben ein breites Medienecho, vor allem mit Blick auf die

58 Vgl. Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 74f.

59 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 23–25; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 77.

60 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 26; Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 121; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 69, 75f.; Seibel: Verwaltete Illusionen (wie Anm. 48), S. 64–76.

Idee der Anteilscheinprivatisierung.⁶¹ Auch die bereits erwähnte Fachgruppe innerhalb der ostdeutschen SPD plädierte für die Einrichtung einer sogenannten Treuhandbank und die kostenlose Verteilung von drei Vierteln des Volkseigentums per Anteilscheinen an die Bevölkerung und brachte diesen Vorschlag am 26. Februar 1990 am Runden Tisch ein.⁶²

Offiziell mit der Ausarbeitung eines Wirtschaftsreformkonzepts beauftragt war aber weiterhin die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR, die ebenfalls am 26. Februar 1990 den Entwurf einer »Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften« einbrachte, in dem auch die Gründung einer »Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)« vorgesehen war. Ullmann und seine Mitstreiter waren mit diesem Entwurf nicht einverstanden und übergaben ein Dokument mit verschiedenen Kritikpunkten an Ministerin Luft. Sie bemängelten unter anderem, dass in der Verordnung keine Anteilscheinprivatisierung vorgesehen war und dass die Treuhandanstalt zu bürokratisch und zentralistisch angelegt sei und ohne parlamentarische Kontrolle agieren würde. Das Freie Forschungskollegium legte außerdem einen alternativen Gesetzesentwurf vor, der aber unter großem Zeitdruck erarbeitet worden war und inhaltliche und formale Mängel aufwies.⁶³

Luft stand der Idee der Anteilscheinprivatisierung per se kritisch gegenüber. Aus ihrer Sicht war das Verfahren kaum praktikabel: Vor der Verteilung von Anteilscheinen hätte eine Bewertung des Volksvermögens stattfinden müssen. Für ein so langwieriges und komplexes Unterfangen fehle allerdings die Zeit.⁶⁴ Weiter war Luft der Meinung, dass die Idee, die

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 26 f.; Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 121; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 86–88.

63 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 27 f.; Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 122; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 78 u. 80 f.; Seibel: Verwaltete Illusionen (wie Anm. 48), S. 77.

64 Vgl. Christa Luft: Treuhand-Report. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde, Berlin 1992, S. 47.

Bevölkerung direkt und kostenfrei am Volksvermögen zu beteiligen, in der Öffentlichkeit zwar gut angekommen sei. Jedoch hielt sie es für populistisch, den Bürgerinnen und Bürgern die Vergabe von Anteilscheinen zu versprechen. Die Umsetzbarkeit eines solchen Verfahrens sei nämlich höchst fraglich. Die Vorstellung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf diesem Wege »kinderleicht – sozusagen learning by doing – die marktwirtschaftliche Mentalität aneignen« würden, erachtete Luft zudem als wenig realistisch.⁶⁵

Am 1. März 1990, also nur drei Tage nachdem die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR ihren Verordnungsentwurf vorgelegt hatte, wurde dieser vom Ministerrat mit wenigen Abänderungen beschlossen. Die Gründung der (Ur-)Treuhandanstalt war damit besiegelt.⁶⁶ Während Ullmann gegenüber Modrow und Luft letztendlich nachgegeben hatte, wurden nach der Beschlussfassung vor allem kritische Stimmen vonseiten der SPD, der Grünen und Bündnis 90 laut. Immer wieder wurde der Verdacht geäußert, Modrow und Luft hätten die Anteil-scheinprivatisierung abgelehnt, um alte Strukturen so lange wie möglich zu konservieren und um hochrangigen SED-Mitgliedern die Möglichkeit zur Bereicherung zu geben – ein Vorwurf, der von den beiden mit Nachdruck zurückgewiesen wurde. In den gut zwei Wochen bis zu den Wahlen warb die SPD weiterhin mit der Anteilscheinprivatisierung und versprach, bei einem Wahlsieg an jede DDR-Bürgerin und jeden DDR-Bürger Anteil-scheine im Wert von 40 000 DDR-Mark auszugeben.⁶⁷

Zwar verlor die SPD die Volkskammerwahlen am 18. März, doch war die Idee der Anteilscheinprivatisierung damit nicht völlig vom Tisch. Am

65 Ebd., S. 50f. u. 53.

66 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 29; Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 121; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 77; Seibel: Verwaltete Illusionen (wie Anm. 48), S. 80.

67 Vgl. Fischer/Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 48), S. 29; Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 123.

12. April 1990 schlossen die Parteien der neuen Regierung der DDR – bestehend aus den Parteien der Allianz für Deutschland (CDU, Deutsche Soziale Union, Demokratischer Aufbruch), der SPD und den Liberalen – eine Koalitionsvereinbarung, die auch die Möglichkeit der Ausgabe von Anteilscheinen durch die Treuhandanstalt erwähnte.⁶⁸ Auch in nachfolgenden Dokumenten wurden Anteilscheine noch als Option aufgeführt, allerdings im Zusammenhang mit dem Umtausch von Geldvermögen. Konkret hieß es in dem im Mai 1990 geschlossenen Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf den sich auch das einen Monat später von der Volkskammer verabschiedete Treuhandgesetz bezog:

»Nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens und seiner Ertragsfähigkeit sowie nach seiner vorrangigen Nutzung für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts wird die Deutsche Demokratische Republik nach Möglichkeit vorsehen, daß den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung von Mark der DDR auf DM 2 zu 1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann.«⁶⁹

Diese Kannbestimmung wurde aber nie in die Realität umgesetzt. Nach der Privatisierung blieb nichts mehr übrig, was unter den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern hätte verteilt werden können. Die Treuhandanstalt privatisierte das volkseigene Vermögen schlussendlich mit einer negativen Bilanz.⁷⁰

68 Vgl. Grosser: Das Wagnis (wie Anm. 53), S. 247 f.

69 Zit. nach Böick: Die Treuhand (wie Anm. 53), S. 210.

70 Vgl. Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: »Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen«. Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S. 98–100.

Kupons – eine Idee und ihre Verwirklichung

Von der Idee zum politischen Konzept

In Tschechien nahm die Idee der Anteilscheinprivatisierung – hier firmierte sie unter dem Namen Kuponmethode⁷¹ – einen anderen Weg als in Ostdeutschland. Ihren Verfechtern gelang es, sich damit im Ringen um ein Privatisierungskonzept durchzusetzen. Bei der Umsetzung dieses Konzepts in die Praxis traten jedoch einige Probleme und Konflikte auf. Die gedanklichen Ursprünge der Kuponmethode lassen sich zum einen auf eine Konferenz des Ökonomischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften im tschechischen Liblice zurückverfolgen.⁷² Zum anderen wurde die Kuponmethode auf einem vom Bürgerforum⁷³ einberufenen Treffen von Ökonomen diskutiert, das im Februar 1990 auf dem Schloss Koloděje abgehalten wurde.⁷⁴

Im Mai 1990 fand die Kuponmethode Eingang in ein vom föderalen Finanzminister Klaus und seinen Mitstreitern vorgelegtes Reformkonzept. In der Strategie einer radikalen ökonomischen Reform (Strategie radikální ekonomické reformy) hieß es in diesem Zusammenhang:

»Ein ausgewählter Teil des Eigentums [...] wird der Bevölkerung gratis angeboten. Die dabei angewendete Kuponmethode sieht vor, den Staatsbürgern, die ein qualifiziertes Interesse zeigen, eine bestimmte Anzahl an Anteilkupons zu überlassen. Der in Form von Aktien angebotene Teil des Staatseigentums wird für die Anteilskupons verkauft werden. Jeder Inhaber von Kupons entscheidet für sich, welchen Aktien er in welcher Menge den Vorzug gibt. Damit macht er deutlich, wie er das angebotene Eigentum aus seiner subjektiven Perspektive bewertet.«⁷⁵

71 Zur Bezeichnung »Kupon« siehe Anm. 3.

72 Vgl. Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 231 f.

73 Das Bürgerforum (Občanské fórum/OF) war eine politische Bewegung im tschechischen Teil der ČSSR. Es gründete sich im Zuge der Samtenen Revolution und war ab Dezember 1989 Teil der »Regierung der nationalen Verständigung«. Bei den ersten freien Wahlen im Juni 1990 war das OF noch stärkste Kraft, löste sich aber Anfang 1991 in mehrere Nachfolgeparteien auf.

74 Vgl. Petr Husák: Budování kapitalismu v Čechách: rozhovory s Tomášem Ježkem, Prag 1997, S. 102. Vgl. hierzu auch Tříška: Ekonomie jako osud (wie Anm. 45), S. 56.

75 Zit. nach Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 232 f.

Eines der zentralen Argumente, das Klaus und seine Mitstreiter für die Kuponmethode ins Feld führten, war, dass sie das Problem der Kapitalknappheit löse. Dahinter stand die Annahme, dass eine Privatisierung ausschließlich mit Standardmethoden wie dem Direktverkauf in der Tschechoslowakei nicht realisierbar sei, weil Privatpersonen in der ehemaligen sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft über zu wenig Kapital verfügten. Die Option, diesen einheimischen Kapitalmangel durch ausländische Investitionen auszugleichen, erachteten die meisten Regierungspolitiker als wenig geeignet,⁷⁶ weshalb sie dafür plädierten, das Problem der Kapitalknappheit vor allem mithilfe der Kuponmethode zu beheben.

Ebenso sollte dadurch ein baldiger Privatisierungsbeginn und ein hohes Privatisierungstempo ermöglicht werden. Dies hielten Klaus und seine Mitstreiter für essenziell, weil aus ihrer Sicht nicht der Staat, sondern erst die neuen privaten Eigentümer Restrukturierungsmaßnahmen bei den Betrieben einleiten sollten. Ferner argumentierten sie, dass die Kuponmethode jedem Staatsbürger ganz unabhängig von seinen finanziellen Voraussetzungen die Chance eröffne, Kapitaleigner zu werden. Die Methode sei auch deshalb fair, weil durch sie ausgeglichene Eigentumsverhältnisse entstünden.⁷⁷ Diese Art der Privatisierung war daher auch ein politisches Symbol: Die im Staatssozialismus geprägte, aber aus Sicht von Klaus und seinen Anhängern nie in die Tat umgesetzte Idee

76 Eine Befürchtung in diesem Zusammenhang war, dass ausländische Käufer die Betriebe unter Wert erwerben könnten. Auch generell gab es Bedenken, dass internationale Investoren die durch den Transformationsprozess ohnehin instabile(re) Wirtschaft noch zusätzlich aus dem Gleichgewicht bringen würden. Vgl. Bohle/Greskovits: *Capitalist Diversity* (wie Anm. 7), S. 145; Orenstein: *Out of the Red* (wie Anm. 7), S. 78.

77 Vgl. zu diesen Hauptargumenten der Reformer: Televizní soubor Dlouhý – Komárek, in: *Mladá fronta Dnes* vom 8.11.1991; Interview mit Jaroslav Muroň, in: *Hospodářské noviny* vom 10.10.1991; Roman Česka: *Velká privatizace a její strategie – nezbytnost kupónové privatizace: Co podpoříme a co ne*, in: *Hospodářské noviny* vom 22.10.1991; *Povody nemají šanci*, in: *Moravskoslezský den* vom 1.11.1991; Václav Klaus: *Ekonomická teorie a realita transformačních procesů*, Prag 1995, S. 62.

des Volkseigentums sollte nun – wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen – Wirklichkeit werden.⁷⁸

Während der Großteil der Regierungsvertreter der Kuponmethode oberste Priorität bei der großen Privatisierung einräumte, gab es auch Stimmen, die diese kritisch sahen oder komplett ablehnten. Zu diesen Kritikern zählten beispielsweise der tschechische Industrieminister Jan Vrba oder linksorientierte Politiker wie Miloš Zeman und Valtr Komárek.⁷⁹ Auch Vertreter verschiedener Interessenverbände standen der Kuponmethode kritisch oder zumindest skeptisch gegenüber, zum Beispiel der Vorsitzende der tschechischen Gewerkschaft der metallverarbeitenden Industrie Jan Uhlíř oder der Präsident der tschechoslowakischen Unternehmervereinigung Rudolf Baránek.⁸⁰ Dagegen argumentierte auch eine Reihe von Wirtschaftsexperten, unter ihnen Ota Šik, Eduard Mikelka, Zdislav Šulc und Milan Zelený.⁸¹

Als Hauptargument führten die Kritiker anfangs die Gefahr einer zu weiten Streuung des Aktienkapitals an. Später, als sich die dominante Rolle der Investitionsprivatisierungsfonds (IPF) bei der Kuponprivati-

78 Vgl. Jiří Pehe: Klaus. Potrét politika ve dvacet obrazech, Prag 2010, S. 34. Vgl. hierzu auch Rameš, der zu der Schlussfolgerung kommt, dass die Privatisierung als Ganzes auf der Vorstellung gründete, dass sich die Menschen im neuen System als »eigenständige ökonomische Subjekte« verhalten sollten. Vgl. ders.: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 222.

79 Vgl. Televizní soubor Dlouhý – Komárek, in: Mladá fronta Dnes vom 8.11.1991; Ministr J. Vrba o hlavních úkolech svého resortu: Privatizace podbarvená recesí, in: Hospodářské noviny vom 27.9.1991; Jan Vrba: Vládní podpora vstupu zahraničního kapitálu do českých podniků, in: Hospodářské noviny vom 22.10.1991; Miloš Zeman: Rozdáváme republiku, in: Český deník vom 15.1.1992.

80 Vgl. Jan Uhlíř: Kupónová privatizace, in: Práce vom 31.10.1991; Odložit kupónovou privatizaci, in: Hospodářské noviny vom 6.11.1991; Podnikatelé žádají odklad, in: Lidová demokracie vom 6.11.1991; S kupóny k novému socialismu, in: Pochodeň Hradec Králové vom 7.11.1991.

81 Vgl. zum Standpunkt der drei Letztgenannten Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 236. Vgl. zu Šiks Argumenten Kateřina Šlápotová/Ota Šik: Kupóny a akcie, in: Mladá fronta Dnes vom 22.10.1991; Martin Janovský: Co s kuponovou privatizací?, in: Právo Lidu vom 11.11.1991; Ladislav Vencálek/Ota Šik: Interview, in: Svobodné slovo vom 29.1.1992.

sierung bereits mehr oder weniger deutlich abzeichnete,⁸² wurde – im Gegenteil – auf das Risiko einer zu großen Vermögenskonzentration verwiesen. Zusätzlich wurde moniert, dass auf diese Weise keine stabilen Eigentumsverhältnisse entstünden. Die neuen Anteilseigner würden ihre Anteile schnell weiterverkaufen, um beispielsweise Geld für Konsumausgaben zur Verfügung zu haben.⁸³

Tatsächlich waren Klaus und seine Mitstreiter nicht die Einzigen, die mit ihrer Strategie einer radikalen ökonomischen Reform an einem ökonomischen Reformkonzept gearbeitet hatten. In der ebenfalls im Mai 1990 vorgelegten Strategie des Übergangs zur Marktwirtschaft (Strategie přechodu k tržní ekonomice), für die der stellvertretende tschechische Ministerpräsident František Vlasák politisch verantwortlich zeichnete, war die Kuponmethode nicht vorgesehen. Die Strategie sah vielmehr ein zweistufiges Privatisierungsverfahren vor: Erst sollte die Entstaatlichung und dann die Privatisierung erfolgen. Konkret war geplant, die Betriebe aus dem Staatsbesitz herauszulösen und unter die Verwaltung eines neu zu gründenden Nationalen Vermögensfonds zu stellen. Dieser Fonds sollte eigenständig, das heißt ohne Kontrolle durch die Regierung oder das Parlament, umfassende Restrukturierungsmaßnahmen durchführen und erst dann über das genaue Vorgehen bei der Privatisierung entscheiden.⁸⁴

Nachdem die beiden Strategien der Föderalregierung vorgelegt worden waren, erhielt schließlich Klaus den Auftrag, in Zusammenarbeit mit

82 Vgl. zu den IPF ausführlich Abschnitt 2 (»Vom Konzept in die Praxis«).

83 Auf diese Argumente gegen die Kuponmethode wird auch in der Forschungsliteratur verwiesen. Vgl. Jiří Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei und den beiden Nachfolgestaaten, in: August Pradetto (Hg.): Die Rekonstruktion Ostmitteleuropas. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Opladen 1994, S. 157–187, hier S. 161 u. 170; Jiří Kosta: Stand und Perspektiven der ökonomischen Transformation, in: Jürgen Herda/Adolf Trügler (Hg.): Tschechien, der ferne Nachbar, Regensburg 1999, S. 130–158, hier S. 135; Sdislav Šulc: Systémové základy ekonomické transformace, in: Vlasta Šafaříková u. a. (Hg.): Transformace české společnosti 1989–1995, Brno 1996, S. 114–194, hier S. 134.

84 Ausführlich dazu vgl. Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 111–117.

der tschechischen und der slowakischen Regierung ein konkreteres Reformkonzept auszuarbeiten. Dieses Konzept sollte Elemente aus beiden vorgelegten Entwürfen aufgreifen. Klaus kam dieser Anforderung vor allem nach, indem er Schlüsselbegriffe aus dem Konzept Vlasáks übernahm, aber inhaltlich neu belegte. In einem im Juni 1990 vorgelegten ersten Entwurf plädierte er beispielsweise für die Gründung eines Nationalen Vermögensfonds, der dem von ihm selbst geleiteten föderalen Finanzministerium unterstehen sollte. In den Fonds sollten die Erträge aus der Privatisierung fließen und im Anschluss für die Entschuldung noch nicht privatisierter Betriebe eingesetzt werden.⁸⁵

Diese und andere Ideen fasste Klaus im *Scénář ekonomické reformy* (Szenario für eine Wirtschaftsreform) zusammen und legte dieses Ende September 1990 dem föderalen Wirtschaftsrat vor. Das Gremium war mit dem Entwurf nicht einverstanden und gab ihn zur Überarbeitung an Klaus zurück. Sein Auftrag lautete nun, den Entwurf in einer Arbeitsgruppe weiterzuentwickeln, die unter anderen aus Vertretern der tschechischen und slowakischen Regierung bestand. Doch Klaus und seine Mitstreiter schlossen sich der Arbeitsgruppe nicht an und überarbeiteten ihr Papier innerhalb kürzester Zeit in Eigenregie. Diesen modifizierten Entwurf legte Klaus der tschechischen und der slowakischen Regierung sowie dem Gesetzgebungsausschuss der Föderalregierung zur Kommentierung vor. Zwar wurde auch an diesem Vorschlag Kritik geübt, doch nahm ihn die Föderalregierung am 1. November 1990 mit einigen Änderungen an. Klaus' Alleingang wurde unter anderem deshalb akzeptiert, weil die Verabschiedung eines Reformkonzepts als äußerst dringlicher politischer Schritt empfunden wurde. Alles in allem ging Klaus aus dem Ringen um das Reformkonzept als Sieger hervor, vor allem im Hinblick auf die Kuponmethode.⁸⁶

85 Vgl. ebd., S. 120f.

86 Vgl. ebd., S. 123f. u. 125–128.

Vom Konzept in die Praxis

Generell vollzog sich die Privatisierung in Tschechien in drei Schritten: der Restitution (also der Wiedergutmachung von Eigentumsschäden durch Rückgabe oder Entschädigung), der Privatisierung kleinerer Betriebe (auch bezeichnet als kleine Privatisierung – malá privatizace) und der Privatisierung größerer Betriebe (auch bezeichnet als große Privatisierung – velká privatizace). Die Kuponmethode kam bei der Privatisierung größerer Betriebe zur Anwendung, war aber auch hier nicht die einzige Privatisierungsmethode. Beispielsweise konnte ein Teil eines Betriebs mittels Kupons veräußert, ein weiterer Teil direkt verkauft und noch ein weiterer Teil in kommunale Hände übertragen werden. Wie genau und mit welchen Methoden die Privatisierung eines Betriebs ablaufen sollte, wurde in einem sogenannten Privatisierungsprojekt festgelegt, das beim Privatisierungsministerium eingereicht wurde. Dabei konnten verschiedene Interessentengruppen konkurrierende Privatisierungsprojekte für einen Betrieb vorlegen. Als Interessenten konnten etwa die bisherigen Betriebsleitungen auftreten. Ebenso hatten es sich Kommunen zum Ziel gesetzt, Betriebe komplett oder teilweise zu erwerben. Privatisierungsprojekte wurden außerdem von Beratungsfirmen sowie von privaten Unternehmern und Personen eingereicht, die einen Anspruch auf Restitution erhoben.⁸⁷

Hinter der Regelung, dass mehrere konkurrierende Privatisierungsprojekte vorgeschlagen werden konnten, stand die Zielsetzung, dass die Privatisierung unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen sollte. Welcher Interessent am Ende den Zuschlag bekam, bestimmten das tschechische und das slowakische Privatisierungsministerium, die jedoch häufig zu wenig Zeit hatten, um die Projekte einer tiefer gehenden Analyse zu unter-

87 Vgl. Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems (wie Anm. 83), S. 168; Josef Kotrba: Privatization Process in the Czech Republic: Players and Winners, in: Jan Švejnar (Hg.): The Czech Republic and Economic Transition in Eastern Europe, San Diego u. a. 1995, S. 159–198, hier S. 175.

ziehen.⁸⁸ Eine tragende Rolle bei der Kuponprivatisierung war außerdem den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zugedacht. Um an dem Verfahren teilzunehmen, konnten sie Kupons gegen eine Gebühr erwerben, die etwa einem Viertel des durchschnittlichen Monatsgehalts entsprach.⁸⁹

Als nächster Schritt folgte der Tausch der Kupons gegen Unternehmensanteile. Wie viele Kupons für die gewünschten Anteile »bezahlt« werden mussten, wurde im Zuge eines Bietprozesses festgelegt. Dieser Bietprozess wurde insgesamt zweimal durchgeführt, das heißt es gab eine erste und eine zweite sogenannte Welle (vlna) der Kuponprivatisierung.⁹⁰ An der ersten Welle in den Jahren 1992/93 nahmen 8,5 von insgesamt über 15,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern teil. Die zweite Welle in den Jahren 1993/94 wurde nach der Auflösung der Tschechoslowakei nur noch in der Tschechischen Republik durchgeführt. Hier belief sich die Zahl der Teilnehmer auf 6,2 von insgesamt etwa 10,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.⁹¹

Die zwei Wellen der Kuponprivatisierung wurden weiter in mehrere sogenannte Runden (kolo) unterteilt. Dies ergab sich aus der Logik des Bietprozesses: Am Beginn des Prozesses konnten die Kuponbesitzerinnen und -besitzer ihr Interesse für einzelne Betriebe anmelden. Sie erhielten jedoch nur dann die gewünschten Beteiligungen, wenn die Summe der nachgefragten Unternehmensanteile die der tatsächlich zur Verfügung stehenden nicht überschritt. War die Nachfrage bis zu 25 Prozent größer als das Angebot, erhielten Privatpersonen die volle Summe der von ihnen

88 Vgl. Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems (wie Anm. 83), S. 168; Kotrba: Privatization Process (wie Anm. 87), S. 164; Josef Kotrba/Evžen Kočenda/Jan Hanousek: The Governance of Privatization Funds in the Czech Republic, in: Marco Simonetti/Saul Estrin/Andreja Böhm (Hg.): The Governance of Privatization Funds. Experiences of the Czech Republic, Poland and Slovenia, Cheltenham 1999, S. 7–43, hier S. 8; Myant u. a.: Successful Transformations? (wie Anm. 46), S. 142.

89 Vgl. Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems (wie Anm. 83), S. 168 f.

90 Vgl. Kotrba: Privatization Process (wie Anm. 87), S. 174; Jan Hanousek/Eugene A. Kroch: The two waves of voucher privatization in the Czech Republic: a model of learning in sequential bidding, Prag 1994, S. 5.

91 Zahlenwerte aus Pehe: Portrét politika (wie Anm. 78), S. 34. Interview mit Petr Pithart, in: Jan Rovenský u. a.: 25 let poté. Klaus, Pithart, Rychetský a Zeman ve rozhovorech o společnosti a politice, Prag 2014, S. 132.

geordneten Unternehmensanteile, während den IPF eine geringere Anzahl zugewiesen wurde. War die Nachfrage um mehr als 25 Prozent größer als das Angebot, wurden die Kaufaufträge nicht ausgeführt und die Betriebe in die zweite Runde der Kuponprivatisierung übertragen, wo ihre Anteile dann zu einem höheren Kurs angeboten wurden.⁹²

Insgesamt erwies sich das auf dem Papier festgelegte Verfahren für die Kuponprivatisierung aber schon bald als schwieriger als gedacht, wie im Folgenden am Beispiel der sogenannten Investitionsprivatisierungsfonds (Investiční privatizační fondy/IPF) dargestellt wird. Diese waren Institutionen »sui generis«⁹³, die, obwohl sie in den der Kuponmethode zugrunde liegenden Konzepten überhaupt nicht vorkamen, einen dominanten Einfluss auf das Privatisierungsgeschehen entwickelten.⁹⁴ Um den Jahreswechsel 1991/92 schnellte ihre Zahl in die Höhe: Bis Anfang November 1991 waren in der Tschechischen Republik erst 20 IPF gegründet worden.⁹⁵ Am Ende des Monats war diese Zahl auf 44 angewachsen und 90 weitere Fonds standen kurz vor ihrer offiziellen Gründung. In der Slowakei gab es zum selben Zeitpunkt ebenfalls mehr als 40 IPF.⁹⁶ Mitte Januar 1992 existierten in der Tschechischen Republik bereits 297 und in der Slowakischen Republik 184 Fonds.⁹⁷

Für die Regierung stellte der Einstieg der IPF in die Kuponprivatisierung zwar eine Überraschung dar, er war aber auch von Vorteil, da dadurch das bislang eher geringe Interesse der Bevölkerung an einer aktiven Teilnahme angekurbelt wurde. Gleichzeitig konkurrierten die Fonds auch

92 Vgl. Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems (wie Anm. 83), S. 169 f.

93 Marco Simonetti/Andreja Böhm: Introduction, in: Simonetti/Estrin/Böhm (Hg.): The Governance of Privatization Funds (wie Anm. 88), S. 1–6, hier S. 1.

94 Vgl. Jiří Havel u. a.: Economics and System Change in Czechoslovakia, 1945–1992, in: Hans-Jürgen Wagner (Hg.): Economic thought in communist and post-communist Europe, London/New York 1998, S. 213–263, hier S. 250; Jaroslav Krejčí/Pavel Machonin: Czechoslovakia, 1918–92. A laboratory for social change, Basingstoke 1996, S. 227; Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 255.

95 Vgl. Miroslav Grüner: Kupónová Dohoda, in: Mladá fronta Dnes vom 2.11.1991.

96 Vgl. Výběr bude těžký, in: Lidové noviny vom 27.11.1991.

97 Vgl. Pozlátko v solidnost, in: Lidové noviny vom 17.1.1992; Daniela Kupsová: Do boje s fondy, in: České a moravskoslezské zemědělské noviny vom 16.1.1992.

in gewisser Weise mit der Regierung. Der Idee, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Kupons eigenverantwortlich investieren sollten, stand nun die Idee gegenüber, diese Aufgabe den Fonds zu überlassen.⁹⁸ Schon bald zeichnete sich außerdem ab, dass die IPF von Zugpferden zu Sorgenkindern der Kuponprivatisierung werden würden. Der durch sie ausgelöste Ansturm auf die Kupons war Anfang des Jahres 1992 so groß, dass es zu Engpässen sowie zu langen Schlangen vor den Ausgabestellen kam.⁹⁹

Eine so hohe Zugkraft entwickelten die IPF vor allem wegen ihrer groß angelegten Werbekampagnen. Die Fonds warben im Fernsehen und Radio und auch in der Presse. In ihren Inseraten beriefen sich die von Banken betriebenen Fonds häufig auf die Tradition ihrer Gründerinnen. So präsentierte sich beispielsweise der IPF der Česká státní spořitelna mit dem Slogan »Tradition. Solidität. Zuverlässigkeit. Perspektive«. Laut dem gleichlautenden Inserat war die Kuponprivatisierung eine »Gelegenheit, die sich nie mehr wiederholen wird«.¹⁰⁰ Die IPF machten aber nicht nur in den Medien auf sich aufmerksam, sondern mieteten auch Büros in unmittelbarer Nähe der Ausgabestellen und bauten Werbestände vor oder sogar in den Ausgabestellen auf.¹⁰¹

Schon bald wurde das Agieren der IPF kritisch beleuchtet. Eine Kommentatorin in den auf Wirtschaftsthemen spezialisierten *Hospodářské noviny* hielt es beispielsweise für nicht ausgeschlossen, dass es im Zusammenhang mit den IPF zu Betrügereien kommen könnte. Sie betonte aber auch, dass es vor allem in den Händen der Bürgerinnen und Bürger liege, sich davor zu schützen, das heißt ausreichend Informationen einzuholen

98 Vgl. Rameš: Trh bez přívlastků (wie Anm. 45), S. 258.

99 Vgl. Pavel Kačer: Velký privatizační skandál, in: Metropolitní telegraf vom 20.1.1992; Luděk Kindl: Registrační horror, in: Svobodné slovo vom 22.1.1992.

100 Inserat, in: Kupónová privatizace/Kupónová Privatizácia (List Centra Kuponové Privatizace 2) vom 17.2.1992, S. 25.

101 Vgl. Libor Michalec: Kupóny příliš netáhnou, in: Severočeský regionální deník vom 10.12.1991; Dobromil Dvořák: Víkend s kupónovou knížkou, in: Moravský demokratický deník Rovnost vom 13.1.1992; Nekalá konkurence, nebo tržní chování?, in: Rudé právo vom 18.1.1992.

und eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen.¹⁰² Eine Warnung sprachen auch die Mitte-rechts gerichteten *Lidové noviny* aus: Je mehr Fonds es gebe, desto geringer sei deren jeweilige Chance, möglichst viele Kupons und später dann Aktien für sich zu gewinnen. Dies sei ein Grund, warum einzelne Fonds auf falsche Versprechungen und unlautere Praktiken zurückgriffen.¹⁰³

Doch nicht nur die Presse, sondern auch »normale« Bürgerinnen und Bürger sahen die IPF kritisch. In einem Brief an das Tschechoslowakische Fernsehen (*Československá televize/ČST*) prophezeite beispielsweise ein Mann, dass Kleinaktionäre nach dem Abschluss der ersten Welle weniger Einfluss haben würden als die IPF.¹⁰⁴ In eine ähnliche Richtung wies auch die Kritik anderer Briefeschreiber: Durch das Versprechen großer Gewinne würden die Fonds einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft des Landes bekommen, während die Bevölkerung ihre Chance verspiele, die Zukunft der ehemals staatlichen Unternehmen mitzubestimmen.¹⁰⁵ Darüber hinaus äußerten sich die Zuschauerinnen und Zuschauer besorgt über Spekulationen und Betrügereien und artikulierten ihr mangelndes Vertrauen.¹⁰⁶

Dass das Agieren der IPF von Anfang an auf viel Kritik stieß, hing auch mit ihren engen Verflechtungen mit dem Bankensystem zusammen. Nach dem Ende des Staatssozialismus blieben vier der fünf größten tschechischen Banken (*Komerční banka*, *Investiční banka*, *Česká spořitelna*, *Živnostenská banka*, *Československá obchodní banka*) mehrheitlich oder zur Gänze in staatlicher Hand.¹⁰⁷ Im Zuge der Kuponprivatisierung

102 Vgl. Marcela Dolečková: Poučování versus informování, in: *Hospodářské noviny* vom 17.1.1992.

103 Vgl. Pozlátko v solidnost, in: *Lidové noviny* vom 17.1.1992.

104 Brief an das Tschechoslowakische Fernsehen vom 5.4.1992, Nationalarchiv (Národní Archiv/NA), Centrum kupónové privatizace (CKP), Dotazy občanů z RM a ČST.

105 Brief an das Tschechoslowakische Fernsehen vom Januar 1992 [nicht genau datiert], ebd.; Brief an das Tschechoslowakische Fernsehen vom 6.1.1992, ebd.

106 Brief an das Tschechoslowakische Fernsehen vom 14.2.1992, ebd.

107 Vgl. Libor Židek: *Transformace české ekonomiky: 1989–2004*, Prag 2006, S. 201 f.

gründeten diese Banken Investmentfirmen, welche wiederum (zum Teil mehrere) IPF gründeten.¹⁰⁸ Am Ende standen hinter gut einem Drittel der bei der ersten Welle der Kuponprivatisierung aktiven IPF zumindest indirekt Banken. Bei der zweiten Welle lag der Anteil der von Geldinstituten kontrollierten Fonds bei knapp einem Viertel.¹⁰⁹ Die Banken hatten dadurch eine widersprüchliche Funktion inne: Nach der Kuponprivatisierung waren sie (zumindest mittelbar) (Mit-)Eigentümer der Betriebe und traten gleichzeitig als deren Kreditgeber auf.¹¹⁰ Die dominante Rolle staatlich kontrollierter Banken bei der Kuponprivatisierung führte außerdem dazu, dass eine »echte« Privatisierung in einem viel geringeren Ausmaß stattfand, als von den Verfechtern der Kuponmethode propagiert worden war.¹¹¹

Zusätzlich zum Problem der Verfilzung gab es Probleme hinsichtlich der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für die IPF. Als die Fonds entstanden, gab es kein spezifisches IPF-Gesetz. Vielmehr wurde das bestehende Bankengesetz (Zákon č. 158/1989 Sb.: Zákon o bankách a spořitelnách) auf die Fonds angewendet. Jedoch deckte das Gesetz deren Aktivitäten nicht passgenau ab, sodass bestimmte, den Privatisierungsplänen der Regierung zuwiderlaufende oder anderweitig schädliche Verhaltensweisen der Fonds nicht geahndet werden konnten. So sorgte es bereits zum Jahresbeginn 1992 für Aufsehen, dass die IPF den Kuponbesitzerinnen und -besitzern ihre Kuponhefte im Vorfeld des offiziellen Beginns der ersten Welle abkauften. Auf diese Weise hatten sie bis Ende

108 Am häufigsten war aber die Konstellation, dass hinter einem IPF ein einzelner Gründer stand, was bei der ersten Welle auf 301 Fonds zutraf. Vgl. Kotrba/Kočenda/Hanousek: *The Governance of Privatization Funds* (wie Anm. 87), S. 33.

109 Vgl. ebd., S. 16.

110 Vgl. zur Kreditvergabepolitik im Zusammenhang mit der Privatisierung Schäffler: *Transformation als Aushandlungsprozess* (wie Anm. 41).

111 Ein negativer Einfluss der Verfilzungsproblematik auf die Privatisierung wird z. B. attestiert in: Ivan T. Berend: *From the Soviet Bloc to the European Union. The Economic and Social Transformation of Central and Eastern Europe since 1973*, Cambridge 2009, S. 63; Bohle/Greskovits: *Capitalist Diversity* (wie Anm. 7), S. 145; Havel u. a.: *Economics and System Change* (wie Anm. 94), S. 250; Kosta: *Stand und Perspektiven* (wie Anm. 83), S. 137 f.

Januar 1992 insgesamt um die fünf Millionen Kuponhefte in ihren Besitz gebracht.¹¹² Dies widersprach dem ursprünglichen Plan der Regierung, dem zufolge Kupons erst unmittelbar im Vorfeld des Bietprozesses an die IPF weitergegeben werden sollten. Einen offiziellen Gesetzesverstoß stellte das Vorgehen der Fonds aber nicht dar.

Das Fehlen spezifischer rechtlicher Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der IPF wurde bereits zeitgenössisch thematisiert und kritisch kommentiert.¹¹³ Die Zeitung *Lidová demokracie* bemerkte lakonisch: »Ein Gesetz über die Fonds gibt es nicht, die Fonds gibt es!«¹¹⁴ In einem Kommentar in derselben Zeitung wurde moniert, dass die Regierung die Bevölkerung zur Teilnahme an der Kuponprivatisierung aufgefordert habe, obwohl ihr bewusst gewesen sei, dass es für die Fonds keine klaren Regeln gebe. Die Frage sei nun, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger die aus dieser Situation erwachsenden Folgen ausbaden müssten und inwieweit die Politik ihrer Verantwortung in diesem Zusammenhang gerecht werden würde.¹¹⁵ Als entschiedener Gegner der IPF trat sogar der tschechische Privatisierungsminister Tomáš Ježek auf: Er riet den Bürgerinnen und Bürgern davon ab, ihre Kupons mittels der Fonds zu investieren.¹¹⁶

Anfang Januar 1992 kam die Einführung eines spezifischen IPF-Gesetzes auf die politische Tagesordnung. Der tschechische Privatisierungsminister Ježek und sein slowakischer Kollege Mikloš plädierten dafür, einige Beschränkungen für die Fonds einzuführen. Um den Einfluss einzelner IPF nicht zu groß werden zu lassen, sollte ein einzelner Fonds nicht mehr als 20 Prozent der Anteile eines Betriebs erwerben dürfen und außerdem dazu verpflichtet sein, seine Anlagen auf mindestens zehn ver-

112 Vgl. Petr Fejteck: *Díra do hlavy*, in: *Lidové noviny* am 28.1.1992.

113 Vgl. Vladislav Krásný: *Kdo bude skutečným vlastníkem?*, in: *Český deník* vom 22.1.1992; Václav Kraus: *Sebevědomý chlapec Viktor Kožený*, in: *Právo lidu* vom 29.1.1992.

114 *Zákon o fonděch není fondy jsou!*, in: *Lidová demokracie* vom 21.1.1992.

115 Vgl. Karel Žitek: *Neposlušná realita*, in: *Lidová demokracie* vom 22.1.1992.

116 Vgl. Jiří Kučera: *Rozviklaná důvěra*, in: *Práce* vom 23.1.1992; J. Kočárková: *Antiharvard z druhé strany*, in: *Lidová demokracie* vom 24.1.1992.

schiedene Betriebe zu verteilen.¹¹⁷ Nach einigem politischen Hin und Her wurden diese Vorschläge in ein Gesetz gegossen (Zákon č. 248/1992 Sb.: Zákon o investičních společnostech a investičních fondech), das Anfang April 1992 von der Föderalversammlung verabschiedet wurde und Anfang Juli 1992 in Kraft trat.

Bereits kurze Zeit später wurde aber offensichtlich, dass die IPF diese Beschränkungen zum Teil umgingen. Beispielsweise erwarben einzelne Fonds den gesetzlich erlaubten Anteil an einem Unternehmen und fusionierten dann mit anderen Fonds, die ebenfalls Anteile an diesem Unternehmen besaßen.¹¹⁸ Dennoch nahm die Regierung für die zweite Welle der Kuponprivatisierung keine Änderungen an dem Gesetz vor. Václav Klaus, seit Juni 1992 tschechischer Ministerpräsident, lehnte strengere Regelungen für die IPF ab und vertrat die Auffassung, dass zu einem kapitalistischen System auch Akteure gehörten, die sich nicht an die Regeln hielten bzw. Gesetzeslücken ausnutzten.¹¹⁹

Im Laufe der Kuponprivatisierung ergab sich noch ein weiteres problematisches, sich aus der Beteiligung der IPF ergebendes Phänomen. Theoretisch hätte die Kuponprivatisierung eine große Masse an neuen Eigentümerinnen und Eigentümern schaffen sollen – sogar eine zu breite Streuung von Kapital war befürchtet worden. Praktisch befanden sich am Ende der zweiten Welle aber zwei Drittel der per Kupons privatisierten Unternehmensanteile in den Händen von IPF bzw. den dahinter stehenden Investmentgesellschaften und nur ein Drittel direkt in den Händen der Bevölkerung. Hinzu kam, dass das gesellschaftliche Interesse am Aktienmarkt schnell abnahm: Bereits Ende des Jahres 1994 hatten zwei Millionen Tschechinnen und Tschechen ihre für die Kupons eingetauschten Aktien wieder verkauft.¹²⁰

117 Vgl. ebd.; Podmínky fondům, in: Svobodné slovo vom 24.1.1992; Jedná otázka, in: Svobodné slovo vom 25.1.1992.

118 Vgl. Kotrba/Kočenda/Hanousek: The Governance of Privatization Funds (wie Anm. 87), S. 17; Tomáš Marek/Petr Šimůnek: Druhé kolo: šokující i logické, in: Mladá fronta Dnes vom 22.8.1992.

119 Vgl. Pehe: Klaus. Portrét politika (wie Anm. 78), S. 35.

120 Vgl. Šulc: Systémové základy (wie Anm. 83), S. 131 f.

Außerdem kam es im Zusammenhang mit der Kuponprivatisierung und den IPF immer wieder zu Betrugs- und Korruptionsfällen, die bis in die höchsten politischen Ränge reichten und zum Teil zu Rücktritten und Verurteilungen führten.¹²¹ Ein weiteres Phänomen war die Veruntreuung von Geldern durch die IPF. Für diese Art von Veruntreuung wurde bereits in den 1990er-Jahren eine eigene tschechische Bezeichnung geprägt, nämlich die des *tunelování*.¹²² Eine übliche Form des *tunelování* war, dass Fonds bzw. Fondsmanager ins Ausland verschwanden. Dabei wurden oftmals von den Fonds gehaltene Unternehmensanteile zu einem deutlich unter dem Marktwert liegenden Preis an von den Managern gehaltene Kapitalgesellschaften im Ausland weiterverkauft. Solche Transaktionen wurden zum Teil mehrmals wiederholt und undurchsichtige Fusionen durchgeführt. Am Ende waren die Fonds »untertunnelt« und die von Privatpersonen investierten Gelder befanden sich in den Händen der Manager.¹²³ Insgesamt wird geschätzt, dass *tunelování* und andere Betrüge-rien im Zusammenhang mit IPF zu Schäden von 50 Milliarden Kronen (circa 1,79 Milliarden US-Dollar) führten.¹²⁴

121 Als wichtige Betrugs- und Korruptionsfälle seien genannt: der Fall um den stellvertretenden tschechischen Privatisierungsminister Jaroslav Muroň und die Molkerei Jihočeská mlékárna im Januar 1992; der Fall um den tschechischen Minister für Arbeit und Soziales Miroslav Macek und den Buchgroßhändler Knižní velkoobchod im Sommer 1992; der Fall um den Vorsitzenden des tschechischen Nationalen Vermögensfonds Tomáš Ježek und den Schokoladenhersteller Čokoládovny im Frühjahr 1994 sowie der Fall um den Leiter des Zentrums für Kuponprivatisierung Jaroslav Lízner und die Molkerei Mlékárna Klatovy im Herbst 1994. Vgl. Husák: *Budování kapitalismu* (wie Anm. 74), S. 173 f.; Interview mit Pavel Rychetský, in: Rovenský u. a.: *25 let poté* (wie Anm. 91), S. 200; Orenstein: *Out of the Red* (wie Anm. 7), S. 106 f.

122 Der Begriff kommt vom tschechischen Wort »tunel« (deutsch: Tunnel) und spielt darauf an, dass die Fondsmanager Tunnel gruben, durch die Gelder aus den Fonds abgezogen wurden.

123 Der wohl spektakulärste und massivste Fall von *tunelování* ereignete sich im Zusammenhang mit den von Viktor Kožený gegründeten Harvardské investiční fondy (HIF). Hierzu sowie allgemein zum *tunelování* vgl. Martin Myant: *The Rise and Fall of Czech Capitalism. Economic Development in the Czech Republic since 1989*, Cheltenham 2003, S. 125 u. 135; Pehe: Klaus. *Portrét politika* (wie Anm. 78), S. 81; Zdislav Šulc: *Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice) 1945–1995*, Brno 1998, S. 86 f.; Trška: *Ekonomie jako osud* (wie Anm. 45), S. 88

124 Vgl. Pehe: Klaus. *Portrét politika* (wie Anm. 78), S. 81.

Selbst- und Fremdwahrnehmungen

Während der Kuponprivatisierung und vor allem nach ihrem Abschluss wurde die Privatisierungsmethode immer wieder mehr oder weniger kritischen Bewertungen unterzogen, hauptsächlich von tschechischen Politikern und Wissenschaftlern, aber auch von Experten aus Deutschland. Eine wichtige Frage bezog sich auf die quantitative Bedeutung der Kuponmethode im Privatisierungsprozess. Einerseits wurde der Methode ein dominanter Stellenwert¹²⁵ oder zumindest eine »gewisse Vorrangstellung«¹²⁶ zugeschrieben. Andererseits wurde darauf verwiesen, dass man den Einfluss der Kuponmethode nicht überbewerten dürfe.¹²⁷ Václav Klaus selbst erläuterte in einem im Jahr 2014 publizierten Interview, dass die Kuponmethode lediglich in einem Viertel aller Privatisierungsfälle angewendet worden sei.¹²⁸

Ein zentraler Kritikpunkt an der Methode, der vonseiten tschechischer Wissenschaftler in der Rückschau vorgebracht wurde, waren die bereits erwähnten vagen rechtlichen Rahmenbedingungen. Der Handlungsspielraum für die an dem Verfahren Beteiligten, insbesondere für die IPF, sei zu groß gewesen und habe missbräuchliches Verhalten begünstigt. Außerdem hätten viele der mittels Kupons privatisierten Betriebe aufgrund nicht erfolgter Restrukturierungsmaßnahmen weiterhin zu ineffizient gewirtschaftet.¹²⁹ Bereits während und unmittelbar nach den beiden Privatisierungswellen wurde Klaus außerdem immer häufiger vorgeworfen, Probleme bei der Kuponprivatisierung herunterzuspielen und als unausweichliche Entwicklungen darzustellen. Seine geringe Be-

125 Vgl. Myant u. a.: *Successful Transformations?* (wie Anm. 46), S. 141.

126 Kosta: *Die Transformation des Wirtschaftssystems* (wie Anm. 83), S. 171.

127 Vgl. Michal Mejstřík u. a.: *Large Privatization: Theory and Practice*, in: Michal Mejstřík (Hg.): *The Privatization Process in East-Central Europe. Evolutionary Process of Czech Privatizations*, Dordrecht 1997, S. 55–124, hier S. 58.

128 Interview mit Václav Klaus, in: Rovenský u. a.: *25 let poté* (wie Anm. 91), S. 28.

129 Vgl. hierzu Kotrba/Kočenda/Hanousek: *The Governance of Privatization Funds* (wie Anm. 87), S. 29f.; Kučera: *Česko-německé paralely* (wie Anm. 18), S. 8; Šulc: *Systémové základy* (wie Anm. 83), S. 129, 132; Židek: *From Central Planning to the Market* (wie Anm. 7), S. 255.

reitschaft zu Kurskorrekturen gilt als wichtige Ursache für seinen erzwungenen Rücktritt als Ministerpräsident Ende 1997.¹³⁰

Es gab in den 1990er-Jahren und darüber hinaus aber auch positive Stimmen, die zumeist die Privatisierung als Ganzes in den Blick nahmen. So galt für viele das Land als erfolgreich(st)e Transformationsökonomie, wobei die besondere Schnelligkeit bei der Privatisierung sowie der große Umfang des von staatlicher in private Hand überführten Eigentums hervorgehoben wurden.¹³¹ Nicht selten gab es auch ambivalente Gesamturteile. Bereits kurz nach Abschluss der Privatisierung wurde beispielsweise darauf verwiesen, dass diese nicht alle Zielsetzungen erreicht habe und dies höchstwahrscheinlich auch nicht in Zukunft gelingen werde.¹³² Mit noch größerem zeitlichen Abstand blieben die Bewertungen weiterhin unterschiedlich: Ein negatives Fazit aus dem Jahr 2003 lautete beispielsweise, dass sich die tschechische Wirtschaft von einer rückständigen und ineffizienten Zentralverwaltungswirtschaft zu einer schwachen, instabilen und weiterhin ineffizienten Marktwirtschaft entwickelt habe.¹³³ Eine positivere Einschätzung aus dem Jahr 2017 besagte hingegen, dass die wirtschaftliche Transformation und die Privatisierung zwar komplizierte und problembehaftete Prozesse gewesen seien, dass man aber alles in allem doch von einer »Erfolgsstory« sprechen könne.¹³⁴

Ein Erfolgsnarrativ spannen auch die politischen Verfechter der Kuponprivatisierung, vor allem in den ersten Jahren nach ihrem Ende. Im Jahr 1995 versicherte Klaus, die Kuponmethode habe sich als gerechte Methode erwiesen, die mit »keinem Skandal und keiner Affäre« in Ver-

130 Vgl. Pehe: Klaus. *Portrét politika* (wie Anm. 78), S. 37, 83 u. 86.

131 Dieses Erfolgsnarrativ findet sich in: Kosta: *Stand und Perspektiven* (wie Anm. 83), S. 152; Orenstein: *Out of the Red* (wie Anm. 7), S. 100; Dieter Pesendorfer: *Der Restaurationsprozess des Kapitalismus in der ehemaligen Tschechoslowakei. Probleme des Übergangs*, Frankfurt am Main/New York 1998, S. 8; Jan Švejnar: *Introduction*, in: ders.: *The Czech Republic* (wie Anm. 87), S. 1–19, hier S. 18.

132 Vgl. Kotrba: *Privatization Process* (wie Anm. 83), S. 197f.; Myant u. a.: *Successful Transformations?* (wie Anm. 46), S. 147.

133 Vgl. Myant: *The Rise and Fall* (wie Anm. 123), S. 262.

134 Židek: *From Central Planning to the Market* (wie Anm. 7), S. XXIX, 445.

bindung gebracht werden könne.¹³⁵ An seiner positiven Bewertung hielt der Politiker auch mit größerem zeitlichen Abstand fest. So betonte er in einem im Jahr 2014 veröffentlichten Interview, dass dank der Kuponmethode die Bevölkerung direkt am Privatisierungsprozess beteiligt und das »Familiensilber« nicht ins Ausland verkauft worden sei. Darüber hinaus unterstrich er, dass er und seine Mitstreiter nicht in der Lage gewesen seien, alle Ergebnisse des komplexen Privatisierungsprozesses vorherzusehen bzw. seinen Verlauf komplett zu steuern. Daher seien Verluste und negative Nebeneffekte wie das *tunelování* nicht vermeidbar gewesen.¹³⁶

Anders als Klaus präsentierten sich im Laufe der Zeit aber immer mehr Politiker als (moderate) Kritiker der Kuponmethode, selbst wenn sie während der 1990er-Jahre hohe Regierungsämter bekleidet hatten.¹³⁷ Der ehemalige tschechische Ministerpräsident Petr Pithart gab 2014 zu Protokoll, dass die Kuponmethode zwar durchaus sinnvoll gewesen sei, jedoch eine zu dominante Stellung im Privatisierungsprozess eingenommen und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungen geweckt habe.¹³⁸ Im selben Jahr bezeichnete Pavel Rychetský, bis 1992 stellvertretender tschechoslowakischer Ministerpräsident, die Kuponmethode als Notlösung zur Privatisierung von Unternehmen, die man mit Standardmethoden nicht hätte privatisieren können. Zwar habe sie wie ein demokrati-

135 Klaus: *Ekonomická teorie* (wie Anm. 77), S. 64f. Auch mit deutlichem zeitlichen Abstand hielt Klaus daran fest, dass es keinen Mangel an gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Kuponprivatisierung gegeben habe. Vgl. hierzu ein 25 Jahre später geführtes Interview mit Klaus, in: *Rovenský u. a.: 25 let poté* (wie Anm. 91), S. 31.

136 Interview mit Václav Klaus, in: *Rovenský u. a.: 25 let poté* (wie Anm. 91), S. 27, 30. Ähnlich wie Václav Klaus äußerte sich auch sein politischer Mitstreiter Dušan Tříška in einem 2016 veröffentlichten Werk. Vgl. ders.: *Ekonomie jako osud* (wie Anm. 45), S. 100f.

137 Rameš verweist darauf, dass die Privatisierung in Tschechien mittlerweile zu einem erinnerungspolitischen Gegenstand geworden sei. Der Art und Weise, wie die Privatisierung heutzutage in der Politik bewertet wird, schreibt er eine ideologische Profilierungsfunktion zu. Er weist weiter daraufhin hin, dass eine grundsätzlich kritische Einschätzung der Privatisierung in der tschechischen Politik mittlerweile »common sense« geworden sei und nennt als Ausnahme die Demokratische Bürgerpartei (ODS), der Klaus bis zum Jahr 2003 angehörte. Vgl. Rameš: *Trh bez přívlastků* (wie Anm. 45), S. 312f.

138 Vgl. Interview mit Petr Pithart, in: *Rovenský u. a.: 25 let poté* (wie Anm. 91), S. 131f.

ches Verfahren gewirkt, aber tatsächlich habe man durch sie weder neues Know-how noch neue Technologien oder Investitionen gewonnen.¹³⁹

Eine ebenfalls zwiespältige Perspektive auf die Kuponprivatisierung vertrat Jan Stráský, der erst als stellvertretender tschechoslowakischer Ministerpräsident und dann als Verkehrs- und Gesundheitsminister in den Regierungen Klaus gewirkt hatte. Im Jahr 2013 führte Stráský an, dass die große Geschwindigkeit – und dadurch auch Lückenhaftigkeit –, mit der die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kuponprivatisierung geschaffen worden waren, zum Teil beabsichtigt gewesen seien. Bestimmte Kreise hätten davon profitiert, dass es generell wenige bzw. leicht zu umgehende Regelungen gegeben habe.¹⁴⁰ Miloš Zeman, heute tschechischer Staatspräsident, blieb bis in die Gegenwart ein strikter Gegner der Kuponprivatisierung und bezeichnete sie als (missglückten) »Versuch, Kapitalismus ohne Kapital zu erschaffen«. Am Ende seien durch die Kuponprivatisierung in erster Linie die Investmentfonds und deren Manager reich geworden und nicht die Unternehmer selbst.¹⁴¹

Distanziertere Perspektiven auf die Kuponprivatisierung wurden vonseiten deutscher Experten eingenommen. Vor allem während der frühen 1990er-Jahre war hier ein gewisses Interesse an dem im Nachbarland angewendeten Privatisierungsverfahren spürbar, vermutlich auch deshalb, weil die Anteilscheinprivatisierung auch in Ostdeutschland in Erwägung gezogen worden war. Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang lautete, warum man in Tschechien nicht wie in Ostdeutschland in erster Linie auf Direktverkäufe gesetzt hatte. Die unterschiedlichen Entwicklungswege wurden vor allem auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zurückgeführt. Während im ostdeutschen Fall genügend potenzielle Käufer aus Westdeutschland vorhanden gewesen wären, habe man in Tschechien über zu wenig Kapital verfügt. Auch Direktverkäufe an internationale Investoren habe man nicht im großen Ausmaß durchfüh-

139 Vgl. Interview mit Pavel Rychetský, in: ebd., S. 202 f.

140 Vgl. Jan Stráský: Co Klaus sám necítí, nikdy neposlechne, in: Jiří Weigl u. a.: (Hg.): Dnešní polemika o včerejší privatizaci, Prag 2013, S. 13–19, hier S. 14 f.

141 Interview mit Miloš Zeman, in: Rovenský u. a.: 25 let poté (wie Anm. 91), S. 273–275.

ren können oder wollen, sodass man sich letztlich für die Kuponmethode entschieden habe.¹⁴² Ausschlaggebend für diese Entscheidung seien aber nicht nur ökonomisch-rationale, sondern auch verteilungspolitische Erwägungen gewesen.¹⁴³ Außerdem seien die tschechischen Reformer davon ausgegangen, mithilfe der Methode die gesellschaftliche Akzeptanz für die Privatisierung zu steigern – ein Aspekt, der in den die ostdeutschen Bundesländer betreffenden privatisierungspolitischen Entscheidungen kaum eine Rolle gespielt habe.¹⁴⁴

Letztendlich, so stellten die deutschen Beobachter fest, sei die Kuponprivatisierung in Tschechien aber mit einer Reihe von Problemen einhergegangen. In der Bevölkerung habe es viel Verunsicherung in Bezug auf das Privatisierungsverfahren gegeben, da beispielsweise Informationen über die angebotenen Betriebe zu schlecht zugänglich gewesen seien. Problematisch sei weiter gewesen, dass die Kuponmethode häufig in Kombination mit anderen Methoden angewendet worden sei. Dies habe den Prozess komplizierter und korruptionsanfälliger gemacht.¹⁴⁵ Auch die große Marktmacht der IPF hielten deutsche Beobachter für ein bedenkliches Resultat der Kuponprivatisierung.¹⁴⁶ In diesem Zusammenhang wurde auch der nach der Privatisierung fortbestehende große staatliche Einfluss in der Wirtschaft der Tschechischen Republik kritisiert. Zum

142 Vgl. Miegel u. a.: Wirtschaftlicher Strukturwandel (wie Anm. 10), S. 150.

143 Vgl. Frensch: Die Transformation der Wirtschaft (wie Anm. 6), S. 4. Der Nutzen solcher verteilungspolitischer Erwägungen bzw. der Nutzen der direkten Beteiligung der Bevölkerung wurde von deutscher Seite aber auch infrage gestellt. So wurde in einem FAZ-Artikel darauf verwiesen, dass etliche der Beteiligungen »wegen des schlechten Zustands der Wirtschaft nahezu wertlos sein dürften«. Klaus Bender: Dynamit-Viktor und das tschechoslowakische Privatisierungsprogramm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.3.1992, S. 24.

144 Vgl. Hink: Vergleich der Gesetze (wie Anm. 6), S. 94f. Auf den Faktor gesellschaftliche Akzeptanz bzw. »die soziale Komponente« wurde auch in der Presse verwiesen: Hans Martin Kölle: Ein Volk von Aktionären?, in: Rheinischer Merkur vom 1.7.1990, S. 17.

145 Vgl. Frensch: Die Transformation der Wirtschaft (wie Anm. 6), S. 15 f.

146 Vgl. ebd., S. 17f.; ders.: Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, Strukturprobleme, Finanz- und Kapitalmärkte in Tschechien und der Slowakei 1993/94, München 1994, S. 47.

einen befänden sich viele IPF zumindest indirekt in (halb-)staatlicher Hand, zum anderen würde der Staat über den Nationalen Vermögensfonds auch direkt Anteile an großen Betrieben halten.¹⁴⁷ Überhaupt sei das tschechische Finanz- und Kapitalmarktsystem mehr banken- als marktdominiert – ein Befund, der für (Ost-)Deutschland nur in einem deutlich geringeren Ausmaß gelte.¹⁴⁸

Fazit

Beim Vergleich der beiden Privatisierungsprozesse in Ostdeutschland und Tschechien verwiesen zeitgenössische Experten sowohl auf Gemeinsamkeiten als auch auf Unterschiede. Als Gemeinsamkeit galt insbesondere das hohe Privatisierungstempo in den beiden Ländern. Hervorgehoben wurden aber auch die voneinander abweichenden Ausgangs- und Rahmenbedingungen sowie die unterschiedlichen Privatisierungsmethoden. Die Politik tendierte in Deutschland dazu, die eigenen Privatisierungserfahrungen zwar als Sonderfall zu begreifen, ging aber gleichzeitig von einer prinzipiellen Übertragbarkeit der deutschen »Privatisierungsexpertise« auf die östlichen Nachbarländer aus. Die tschechischen Politiker setzten jedoch eher auf eigene Privatisierungskonzepte.¹⁴⁹

Der Blick auf die ostdeutsche Privatisierung in der tschechischen Presse hatte vor allem eine positive Abgrenzungsfunktion. Dazu wurde hervorgehoben, dass auch der von der reichen und mächtigen Bundesrepublik unterstützte Nachbar im Westen mit Problemen bei der Privatisierung konfrontiert war und dass Tschechien die Privatisierung in sozioökonomischer Hinsicht mitunter sogar besser bewältigte als die ostdeutschen Bundesländer. Im Vergleich dazu war die (bundes-)deut-

147 Vgl. ebd., S. 13; Hink: Vergleich der Gesetze (wie Anm. 6), S. 97.

148 Vgl. Frensch: Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen (wie Anm. 146), S. 57 f.

149 Dennoch waren deutsche Einflüsse im tschechischen Privatisierungsprozess deutlich spürbar, insbesondere in Form von deutsch-tschechischen Joint Ventures. Vgl. Schäffler: Transformation as transnational process (wie Anm. 14).

sche Perspektive auf die Privatisierung »der anderen« weniger von einer positiven Abgrenzungsrhetorik geprägt. Die Entwicklungen im Nachbarland wurden seltener zur (indirekten) Einordnung des eigenen Privatisierungsgeschehens herangezogen. Zum einen galten die Entwicklungen in Ostdeutschland als Sonderfall und zum anderen wurde Tschechien von vornherein als »kleiner« bzw. unbedeutender Nachbar wahrgenommen, von dem man sich nicht positiv abgrenzen musste.¹⁵⁰

Beide Länder unterschieden sich darin, dass die Anteilscheinprivatisierung in Ostdeutschland zwar diskutiert, aber niemals Realität wurde, während die Kuponmethode den tschechischen Privatisierungsweg nicht nur in theoretischer, sondern auch in praktischer Hinsicht prägte. Die Anteilscheinprivatisierung wurde zum Teil vor dem Hintergrund ähnlicher Erwägungen erdacht, obwohl die allgemeinen Ausgangs- und Rahmenbedingungen in den beiden Ländern sehr unterschiedlich waren. Auffällig ist, dass verteilungspolitische Argumente sowohl bei den tschechischen als auch bei den west- und ostdeutschen Verfechtern der Kupon- bzw. Anteilscheinmethode eine tragende Rolle spielten. Konkret bestand in beiden Ländern die Idee, dass nach vier Jahrzehnten, in denen nicht das Volk, sondern der Staat über die Wirtschaft verfügt hatte, »echtes Volkseigentum« unter der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden sollte. Eine wichtige Rolle spielte außerdem die Angst vor einem »Ausverkauf«. In beiden Ländern gab es die Auffassung, dass man die Betriebe vor einer Übernahme durch Altkader und ausländische Investoren schützen müsse und dass die Anteilscheinprivatisierung zur Erreichung dieser Zielsetzung beitragen würde.

In Tschechien kam noch der Gedanke hinzu, dass das Kuponverfahren einen »echten« Markt entstehen lassen würde, auf dem nicht politische Ideologien und Zielsetzungen, sondern das freie und eigenverant-

150 Bevormundende und despektierliche Untertöne finden sich zum Teil in der deutschen Pressberichterstattung und spielten auch allgemein eine Rolle bei der deutschen Beratungshilfe in Ost(mittel)europa sowie im Kontakt zwischen deutschen und tschechischen Betrieben. Vgl. Schäffler: Transformation as transnational process (wie Anm. 14); dies.: From »Well-Understood Self-Interest« (wie Anm. 14).

wortliche Agieren der einzelnen wirtschaftlichen Subjekte entscheidend sein würde. Die Idealvorstellung lautete, dass die Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Kuponprivatisierung den Kapitalismus »erlernen« würden. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Wirtschaft als Ganzes würde davon profitieren. Außerdem hegten die Privatisierungspolitiker in Prag die Erwartung, dass durch die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Privatisierung und der Transformation im Allgemeinen steigen würde – eine Erwägung, die im ostdeutschen Privatisierungsprozess augenscheinlich einen deutlich geringeren Einfluss hatte.

Anders als erwartet, mündete die Kuponmethode nur eingeschränkt in einer Erfolgsgeschichte – darüber ist man sich heute sowohl auf Expertenseite als auch größtenteils aufseiten der tschechischen Politik einig. Probleme ergaben sich vor allem im Zusammenhang mit den dabei »spontan« entstandenen Investitionsprivatisierungsfonds. Ihre engen Verflechtungen mit dem (halb-)staatlichen tschechischen Bankenwesen führten letztendlich dazu, dass eine echte Privatisierung vielfach nur oberflächlich erreicht wurde. Statt der im Vorfeld befürchteten zu weiten Kapitalstreuung entstand eine starke Kapitalkonzentration. Hinzu kamen lückenhafte gesetzliche Rahmenbedingungen, Korruptionsfälle sowie kriminelle Verhaltensweisen aufseiten der Fonds und aufseiten von Politikern. Schon nach kurzer Zeit war das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Kuponmethode, in die Privatisierungspolitik und in die Politik generell unwiederbringlich verloren.

Zweifellos ist es sinnvoll, Privatisierungen aus einer inter- bzw. transnationalen Perspektive heraus zu untersuchen, indem man etwa den Stellenwert von Investoren aus dem Ausland oder die Bedeutung internationaler Joint Ventures genauer beleuchtet.¹⁵¹ Ebenso aufschlussreich ist die

151 Eine solche Perspektive wird z. B. eingenommen im Beitrag von Keith R. Allen im vorliegenden Band. Vgl. außerdem Eva Schäffler: Ein Privatisierungsmarathon à la Treuhand. Die Übernahme der Umformtechnik Erfurt durch Škoda Plzeň, in: Dierk Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020, S. 96–111; Schäffler: Transformation as transnational process (wie Anm. 14).

Untersuchung wechselseitiger Wahrnehmungen, um so mehr über die Selbst- und Fremdbilder einzelner Länder im Privatisierungs- und Transformationsprozess zu erfahren. Der Blick auf die verschiedenen Privatisierungswege, die dahinter liegenden Ideen und die damit verbundenen Diskurse, Konflikte und Probleme wird auf diese Weise geschärft. Aus deutscher Sicht sind transnationale Herangehensweisen unverzichtbar, um die (ost-)deutsche Geschichte in den 1990er-Jahren nicht (weiter) aus einer vornehmlich nationalen Perspektive zu erzählen. Eine Öffnung der deutschen Zeitgeschichte sollte in Zukunft vor allem auch in Richtung Osten vorangetrieben werden.